

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Auf sicherem Boden?

Renten
Die Risiken der
Reform
S.3

VR China
Proteste gegen
Verschlechterung
der Arbeits- und
Lebensbedingungen
nehmen zu
S.7

Hintermänner
Eine antifaschistische
Stadtrundfahrt durch
München
S.12

Arbeiten
ohne Ende
S.15

Leitantrag
an den Cottbuser
Parteitag der
PDS
S.17



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: vollhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

BUNDESREGIERUNG VERHARMLOST. 3 oder 19 Tote durch Rechtsextremisten seit 1999? Zum Umgang der Bundesregierung mit Tötungsdelikten von Rechtsextremisten erklärte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Ulla Jelpke: Wenn Justizministerin Däubler-Gmelin die Bürger auffordert, bei neofaschistischen Überfällen nicht wegzusehen, dann hat sie Recht. Nur muss sich die Bundesregierung vorwerfen lassen, dass sie in der Vergangenheit bewusst bei neofaschistischen Gewalttaten selber weggeschaut und deren rechtsextremen Hintergrund geleugnet hat. Allein seit Anfang 1999 bis heute sind nach Recherchen der PDS und anderer Antifaschisten 19 Menschen von Rechtsextremisten getötet worden. Die Bundesregierung erkennt in ihren amtlichen Statistiken bisher nur in drei Fällen eine rechtsextreme bzw. ausländerfeindliche Motivation. Im Einzelnen heißt dies (Stand Anfang August): 1999: 11 Tötungsdelikte; die Bundesregierung erkennt nur zwei Fälle an; 2000: 8 Tötungsdelikte; die Bundesregierung erkennt nur einen Fall an. Selbst die Hetzjagd auf den algerischen Asylsuchenden Omar Ben Noui am 13.2.1999 in Guben durch Neonazis wird von der Bundesregierung nicht als rechtsextreme Straftat mit Todesfolge bewertet.

PDS-VORSTOSS. Die PDS hat einen Antrag zur Personalstruktur- und Dienstrechtsreform an Hochschulen und Forschungseinrichtungen eingebracht (Drucksache 14/3900). Dazu erklärte die hochschulpolitische Sprecherin Maritta Böttcher: Seit April liegen die Empfehlungen der Expertenkommission „Reform des Hochschuldienstrechts“ vor. (...) Wir wollen nicht länger zusehen, wie die Bundesregierung nach dem Rückzug in Sachen BAföG und Studiengebührenfreiheit auch dieses Reformprojekt verschleppt. Es wird höchste Zeit, die Hochschulen von einer anachronistischen Personalverfassung – ein Erbe der alten Ordinarienuniversität – zu befreien. Leitbild des PDS-Reformkonzepts ist eine gleichberechtigte wissenschaftliche Arbeitsteilung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir treten u.a. ein für: • Abschaffung des Beamtenstatus und die tarifliche Regelung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen des gesamten Personals – einschließlich der Professorinnen und Professoren, • Neugestaltung des Qualifikationsweges der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer durch Einrichtung von Assistenz- oder Juniorprofessuren und die Abschaffung der Habilitation, • Stärkung des akademischen Mittelbaus durch eine ausreichende Anzahl an unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen, • Verbesserung der Doktorandenausbildung durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und einen garantierten Betreuungsanspruch, • Gleichstellung von Frauen und Männern u.a. durch verbindliche Quotierung und Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (...)

TALFAHRT VERSCHLEIERT. Deutschland kürzt real die Entwicklungshilfe. Zum Haushaltsentwurf ... des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erklärt der entwicklungspolitische Sprecher der PDS-Fraktion, Carsten Hübner: Mit Schönreden ihres Haushaltsplanes versucht Bundesministerin Wiesel-Wieck die Öffentlichkeit milde zu stimmen. Aber die verschleierte Talfahrt ist empörend: Nur scheinbar weist der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) eine Erhöhung um 1,7% auf 7,223 Mrd. DM aus. Was als Zuwachs verkauft wird, sind Umgruppierungen v.a. aus dem Haushalt, 'Allgemeine Verwaltung' (Einzelplan 60). Entwicklungspolitische Maßnahmen für den Stabilitätspakt Südosteuropa sind jetzt dort, wo sie hingehören, das Transformationsprogramm für die Länder Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion wird endlich unter entwicklungspolitischer Verfügung stehen, der Beitrag für den Entschuldigungs fonds wird auch dem Einzelplan 23 zugeschrieben. Real aber werden für all diese Aufgaben weitere Mittel der Armutsbekämpfung entzogen. Real werden die entwicklungspolitischen Mittel um ca. 150 Millionen weiter gekürzt. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe wird damit auf 0,23% des BSP zurückgehen. (...) Trotz zahlreicher Proteste bereits zum Haushalt des laufenden Jahres werden die Mittel für die Träger von Projekten der Armutsbekämpfung, kirchliche Einrichtungen und NGOs, auf dem niedrigen Niveau von 2000 belassen. (...) Die PDS wird dem in den Haushaltsberatungen nicht tatenlos zusehen.

BODENSATZ BESEITIGEN. Rechtsextremismus bekämpfen heißt: fremdenfeindliche Gesetze aufheben. Zur Diskussion über die Bekämpfung des Rechtsextremismus erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Ulla Jelpke: Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfordert ernsthaftes Engagement und keine populistischen Schnellschüsse. Wenn Innenminister wie Schily und Beckstein noch immer rassistische Sprüche verbreiten wie „das Boot ist full“, müssen wir uns über Fremdenfeindlichkeit nicht wundern. Wenn acht Millionen Menschen im Land, 10 Prozent der Bevölkerung, noch nicht einmal wählen dürfen und keine Staatsbürgerrechte haben, darf sich niemand wundern, wenn braune Gewalttäter mit diesen Benachteiligten noch ganz anders umspringen. Wer Rechtsextremismus wirklich bekämpfen will, muss die fremdenfeindlichen Gesetze endlich abschaffen, vor allem: das Ausländergesetz, das Asylbewerberleistungsgesetz, das Arbeitsverbot gegen Flüchtlinge, die Abschiebehaft. Diese Gesetze und Politik sind der Bodensatz, auf dem braune Gewalt wächst und gedeiht. Dieser Bodensatz muss beseitigt werden, wenn Rechtsextremismus überwunden werden soll.

Die Risiken der Reform

Nachdem die Union bei der Steuerreform mit ihrer Taktik, bei kaum vorliegenden Sachdifferenzen trotzdem zu opponieren, bei Medien und (eigenem) Publikum nicht gut ankam, dürfte die Verabschiedung der Rentenreform nach den Sommerferien vermutlich ziemlich zügig und im Konsens von SPD/Grün und CDU/CSU/FDP vor sich gehen. Denn auch bei der Rente besteht in der Sache, wie wir bereits berichtet hatten, größerer Konsens.

Die Reform lässt große Teile des Rentensystems bestehen: Die Lohnbezogenheit von Beiträgen und Leistungen, die Anpassungen der Rentenhöhe an die allgemeine Einkommensentwicklung, den Kreis der in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogenen bzw. nicht einbezogenen Personen (siehe hierzu auch den Kasten Seite 4). Ändern sollen sich zwei Dinge: eine Senkung des Niveaus der gesetzlichen Renten und ein Ausgleich durch eine private, freiwillige Altersvorsorge, die aus dem Bundeshaushalt bezuschusst wird. Damit wird das bisher geltende strikte Umlageverfahren verlagert zu einem Kapitaldeckungsprinzip.

Diese Umstellung lässt zwar die Möglichkeit offen für weitergehende Reformen, die in der Zukunft vermutlich nötig sein werden, um eine Altersversorgung bei dem zu erwartenden Szenario von sinkenden Geburten und wachsender Lebenserwartung zu gewährleisten. Dennoch birgt die jetzige Rentenreform einige Risiken, auf die die PDS als einzige parlamentarische Opposition in der Rentenfrage hoffentlich noch deutlich hinweisen wird.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in seinem Wochenbericht vom 27. Juli 2000 auf solche Risiken hingewiesen; wir stützen uns im Folgenden auf die Argumentation des DIW.

Struktureller Mangel

Da sich die Reform ausschließlich auf die

Finanzierung beschränkt, werden die Probleme, die sich aus geänderten Erwerbsbiografien ergeben, nicht berücksichtigt. Lücken im Erwerbsverlauf, insbesondere bei Frauen, aber auch zunehmend bei Männern, sei es durch Arbeitslosigkeit, Wechsel in die Selbstständigkeit, Reduktion der Arbeitszeit können zu unzureichender Altersversorgung führen. Da das jetzige Rentensystem keine Mindestrente kennt, steckt hier eine reale Gefahr der Altersarmut für einen nicht all zu kleinen Personenkreis.

Risiken der Kapitaldeckung

Das DIW hält den sozialdemokratisch-imperialistischen Trick von Riester für riskant und weist darauf hin, „dass die

bedeutet dies, dass die Rentner, wenn ihre Zahl wächst, bei gleichem Absicherungsniveau einen größeren Teil des erwirtschafteten Produkts (benötigen). Dabei ist nicht entscheidend, ob die Rentner ihre Ausgaben über Kapitalrenditen, die Auflösung ihrer Ersparnisse oder durch Renten, die im Umlageverfahren aufgebracht werden, finanzieren. In jedem Fall entsteht – bei gleichem Absicherungsniveau der Rentner – eine Belastung späterer Generationen. Sie kann allerdings durch Wachstum gemildert werden, weil dann der zu verteilende ‚Kuchen‘ größer ist.“

Ausführlich wird die Frage behandelt, ob die Rendite der umlagefinanzierten Rente tatsächlich so schlecht ist, wie es

vor allem aus Bank- und Versicherungskreisen immer wieder behauptet wird. Das DIW weist darauf hin, dass diese Vergleiche unrichtig sind. Zwar sei die Rendite für jemanden, der sein ganzes Leben lang bei durchschnittlichem oder überdurchschnittlichem Einkommen eine Kapitalanlage in Höhe des Beitrags der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) macht, höher als bei der GRV. Aber die Sache sieht sofort anders aus, wenn der Einzahler länger arbeitslos war oder früh in Rente muss. Die GRV nimmt eine Umverteilung vor bei den Einkommen innerhalb einer Generation hin zu Per-

sonen, die ohne kostendeckende Beiträge Rentenansprüche erwerben. Das DIW meint daher, dass die Argumente gegen das Umlageverfahren sich vor allem gegen diese Umverteilungselemente richten.

Die Senkung des Rentenniveaus

Auch die Senkung des Rentenniveaus von heute 70% auf formal 64% enthält Risiken: Vor allem für Personen mit geringen Rentenansprüchen sei das Risiko der Altersarmut recht hoch, zumal wenn die private Altersvorsorge freiwillig geschehen soll.

Reformvorschläge

Die Reformvorschläge sind eher moderat und aufs Machbare angelegt, was aber kein Fehler ist. Das DIW verlangt, endlich eine Mindestrente einzuführen, um die Risiken der Altersarmut aus der Erwerbsbiografie oder fehlgeschlagener



Leistungen nach dem Kapitaldeckungsverfahren selbst dann nicht hinreichend sicher gegen Veränderungen der Altersstruktur im eigenen Lande ‚immunisiert‘ werden könnten, wenn die Versicherung Geldkapital im Ausland anlegen“. Zum einen sei es spekulativ zu erwarten, „dass man im Ausland dauerhaft jene Renditen erwirtschaftet werde, die man im eigenen Land nicht mehr erwirtschaften zu können glaubt“. Weiter: was wäre, wenn viele anderen Länder ebenfalls vor dem Problem der „Überalterung“ stünden und ihr Geldvermögen im Ausland anlegen wollten? Und man kann ergänzen, dass die Hoffnung, Menschen im Ausland für die Renten der Deutschen schaffen zu lassen, auch äußerst unmoralisch ist.

„Grundsätzlich“, meint das DIW, „gilt, dass die in einer Periode lebenden Menschen aus der Produktion dieser Periode ernährt werden müssen. Konkret

Kapitalanlagen zu reduzieren.

Weiter wird vorgeschlagen, eine staatliche Aufsicht über die Anbieter privater Altersversorgung einzurichten, die den Kunden schützt und diskriminierende Regelung verhindert (z.B. müssen heute Frauen wegen der höheren Lebenserwartung höhere Beiträge bei Privatversicherern zahlen). Die Bundesregierung sei auch verpflichtet, alle, die mit einer privaten Altersversorgung beginnen, darauf hinzuweisen, dass die Renditen schwanken können, dass es also ganze Gruppen von Rentner geben kann, deren Erwartungen auf hohe Kapitalrenditen enttäuscht werden.



Wenn das Rentenniveau wie geplant abgesenkt wird, sollte die private Altersvor-

sorge Pflicht werden und ein Mindestbeitrag festgesetzt werden, damit das Risiko unzureichender Absicherung wegen anderweitiger Beanspruchung der Einkommen nicht eintritt.

Schließlich aber meint das DIW, käme eine Rentenreform nicht darum herum, über eine gezielte Einwanderungspolitik und eine Erhöhung des tatsächlichen Rentenzugangsalters (insbesondere, dass Männer und Frauen, die erwerbswillig sind, auch einen Arbeitsplatz finden) zu diskutieren. *alk, maf*

Sehr zum Erstaunen ist, dass in der gegenwärtigen Diskussion über die Rentenreform kaum über die Rentenform diskutiert wird. Starke Vorstellungsbilder mit hohem Geltungsanspruch stehen wie naturgegeben in der ideologischen Landschaft und bestimmen den Weg der Erörterung, die sich folgerichtig auf das „Wie“ und dabei vor allem das „Wie finanzieren“ wirft und die Frage der Funktionsbestimmung der Rente unbedacht lässt. Im Folgenden wird versucht, gängige Funktionszuweisungen aufzulisten.

1. Einkommensbezogenes Altersruhegeld. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Funktion, die ein Mensch im Erwerbsleben eingenommen hat, auf irgendeine Weise weiterbesteht. Dabei verlieren die typischen Legitimationslegenden, die zur Rechtfertigung jener Erwerbseinkommen dienen, jeden Halt.

Die visionäre Kraft, der Weitblick und die Risikobereitschaft des Unternehmers, die den „Unternehmerlohn“ begründen, die Verantwortung des höheren Beamten oder Managers, die Leistungsbereitschaft des Mittelstandes, die Zuverlässigkeit der Arbeitskraft, schließlich auch der berüchtigte Anreiz zur Steigerung der Leistungsbereitschaft, der mit niedrigster Entlohnung erzielt werden soll – all das ist Schnee von gestern, wenn die Person, um die es geht, aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist.

Dabei könnte jeder wissen, dass auf die alternenden Menschen ganz andere, höchst spezielle und zum Teil auch neuartige Fragen der Haushaltsgestaltung zukommen. Der mit dem Alter zunehmende Bedarf an Hilfe und Unterstützung besonders in Verbindung mit der Singularisierung setzt eine völlig andere Kostenstruktur. Jeder Versuch, diese Kosten ganz und gar durch individuelle Versorgungsansprüche abzudecken, wird zu „Gewinnern“ und „Verlierern“ führen. Das gleiche Altersruhegeld, das einer Person, die im Kreis, vielleicht im Haus der Familie in guter Gesundheit alt wird, erhebliche Ersparnisse bzw. Transferleistungen an die jüngeren Verwandten ermöglicht, wird eine andere Person, die in einem Heim leben

muss, zuschussbedürftig, d.h. arm erscheinen lassen. – Eine solche Diskussion hat es im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung gegeben, aber das Strukturproblem des Lebensstils und der Reproduktionskosten im Alter setzt lange vor der Pflegebedürftigkeit ein.

Wenn – wie es der Blick in die soziale Welt zeigt – diese Kostenstruktur mit der im Arbeitsleben entstandenen Einkommensstruktur nicht viel zu tun hat, muss die „einkommensbezogene Rente“ chaotisch wirken, sicher bleibt dabei nur, dass diejenigen, die immer schon arm waren, am härtesten von den Verwerfungen getroffen werden.

2. Durchschnittslohnbezogenes Altersruhegeld im Umlageverfahren. Es ist nicht leicht, einen Grund für die Anbindung der Altersruhegelder an die Entwicklung der durchschnittlichen Lohn/Gehaltseinkommen zu benennen. Die Form dieser Anbindung gehört zu den üblen Betrugskapiteln der BRD-Politik (von der bruttolohnbezogenen Rente zur nettolohnbezogenen zur inflationsbezogenen), alles lässt sich damit begründen, dass die Rentner an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben sollen; die wirtschaftlichen Umstände von Erwerbstätigen und Ruheständlern sollen sich nach diesen Vorstellungen irgendwie gleichartig entwickeln. Aber wenn die Lebenserwartung der Ruheständler zunimmt, nehmen die Lasten für die Einzahler zu. Es entsteht der Gedanke vom „demografischen Faktor“. Ein vornehmer Ausdruck für eine üble Sache; denn es kommt immer darauf hinaus, den Ruheständlern ihr (allzu) langes Leben vorzurechnen.

3. Altersruhegeld aus Renditen. In der alten bürgerlichen Welt rankt sich das Erwerbsleben um das (Familien)eigentum an den Produktionsmitteln. Zugehörigkeit zur Familie setzt Ansprüche auf dieses Eigentum und begründet den Unterhalt im Alter. Wenn, wie es besonders im bauerlichen Lebensumkreis oft der Fall war, das Eigentum nicht genug abwirft, um Alte und Junge gleichzeitig zu ernähren, wird die Hoffnung auf das Absterben der Alten zum prägenden Moment der Familienbeziehung. Die (klein)bauerlichen Alten, die nach dem

Verlust ihres Arbeitsvermögens ihr Eigentum nicht mehr gebrauchen können und es übergeben müssen, wonach sie nichts mehr haben als Unterhaltsansprüche, die den Jungen Last und lästig sind, befinden sich in einer trostlosen Situation. (In abgeschwächter Form, weil heute die Menschen zumeist noch einen „eigenen“ Rentenanspruch haben, treten solche Probleme auch heute noch auf, wenn ein Eigenheim behauptet oder überlassen werden muss).

Anders, wenn das Kapital als Einkommensquelle völlig unabhängig vom Arbeitsvermögen des Inhabers als Rendite sprudelt. Hier bleibt was, und der Erbananspruch schafft eine Bindung zwischen den Alten und den Jungen. Die Möglichkeit, etwas zu hinterlassen, kann als Versicherung gegen die Vereinsamung im Alter begriffen werden, ob dies funktioniert und wie zwischenmenschliche Beziehungen aussehen, die auf die Erwartung eines Erbes zugespitzt sind, ist eine andere Frage, jedenfalls wäre es ein verständlicher Grund für das Spar- und Akkumulationsverhalten einkommenstärkerer Senioren. Gesellschaftlich entsteht daraus eine Tendenz der Verlagerung des Kapitaleigentums an Ruheständler bzw. bei Fonds, Ruheständlerorganisationen; eine Abbildung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Eigentum, in dem die Alten die Seite des Eigentums repräsentieren.

Fazit: Die Anpassungsprozesse der Rentengesetzgebung verdecken extreme innere Gegensätze der betroffenen Parteien und verschärfen sie wahrscheinlich sogar. In der Diskussion wären jene Ansätze von Interesse, die sich mit Fragen der Lebensgestaltung im Alter auseinandersetzen. Fragen der Arbeitsgesetzgebung: Möglichkeiten zur Beteiligung am Arbeitsleben mit Rücksicht auf das Altern. Fragen der Sozialgesetzgebung: öffentliche Einrichtungen und Hilfen, die das Leben im Alter unabhängig vom Einkommen erleichtern. Fragen der Rente/Pension: Absicherung einer Mindestrente bzw. eines Mindestanteils an der Rente, die allen unabhängig vom Lebensschicksal Geld zur eigenen Verfügung lässt.

Streichung der „Ehezulage“ zeigt tarifpolitische offene Flanke der ÖD-Gewerkschaften

Die folgende DGB-Pressemitteilung und den Kommentar eines ÖTV-Kollegen dazu haben wir aus dem Internet entnommen.

Die Meldungen zur „Ehezulage“ im Öffentlichen Dienst („bisher“ sind ja nur die Beamten betroffen; allerdings sind die so genannten Sozialzuschläge im BAT und Arbeitertarif in gleicher Weise konstruiert, stehen also mit dem Vorgehen des Innenministeriums bei der nächsten Tarifrunde zur Disposition) offenbaren in gewisser Weise die selbstverantwortete offene tarifpolitische Flanke der ÖD-Gewerkschaften bei der Reform der Lohn- und Gehaltsstrukturen im öffentlichen Dienst.

Um von vornherein nicht missverstanden zu werden. Der vom DGB geäußerten Kritik am Vorgehen ist nur zuzustimmen. Insbesondere ist richtig, dass die Sozialzuschläge in den unteren Lohngruppen einen angesichts der absoluten Einkommenshöhe unverzichtbaren Einkommensbestandteil ausmachen. Für eine Familie mit zwei Kindern sind das in den unteren Einkommensgruppen 15%. (Für den BAT berechnet in einem zwar alten, aber in dieser Hinsicht hochaktuellen Artikel von 1990: Pohl, Wolfgang, 1990: Der BAT ist in die Jahre gekommen. Arbeitnehmertarifvertrag Öffentlicher Dienst überfällig. *express* 9/90, 6. <http://home.t-online.de/home/pohl.stark/express.rtf>)

Die Sozialzuschläge im ÖD, die die staatliche Familienpolitik über den Steuertarif und die Transferzahlungen hinaus verdoppeln und die keine Entsprechung in irgendeinem anderem Tarif der Wirtschaft haben, waren so gesehen bei den Ledigen schon immer als vorenthaltener Lohn anzusehen. Und es ist zynisch, in der Tat auch „unanständig“ und was da sonst noch gesagt wurde, wenn dieser vorenthaltene Lohn jetzt auch noch auf die Verheirateten ausgedehnt werden soll.

Nur – und da rächt sich die unentschlossene gewerkschaftliche Tarifpolitik der letzten Jahre –, den staatlichen Streichungsabsichten kann kaum eine entschiedene Haltung entgegengesetzt werden, da das Thema der Reform des Beamtenrechts und der Relikte des Beamtenrechts im Angestelltentarif nie richtig von den Gewerkschaften besetzt worden ist. Und betrachtet man die Frage so isoliert, wie sie vom Innenministerium aufgeworfen wird, dann ist es in der Tat anachronistisch, dass in Beschäftigungsverhältnissen des Öffentlichen Dienstes allein der Stand der Ehe gegenüber dem

Verheiratete Beamte nicht zur „Sparkasse der Nation“ machen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat die Pläne von Innenminister Schily zurückgewiesen, den Verheiratenzuschlag zu streichen. „Dann müssten über eine Millionen Beamte Kürzungen in Kauf nehmen, um 110.000 Beamten mit mehr als zwei Kinder den erhöhten Kinderzuschlag zu finanzieren“, erklärte Egbert Biermann, Bundesbeamtensekretär des DGB am Freitag auf Presseberichte. „Dies ist kein sozialer Ausgleich, sondern ein weiteres Sanierungsprogramm der öffentlichen Haushalte auf Kosten der Beamtinnen und Beamten.“

Nach DGB-Angaben könnten die Einkommenseinbußen für untere Besol-

dungsgruppen bis zu sechs Prozent betragen. Darüber hinaus würde den Beamtinnen und Beamten mit drei Kindern nur das Geld, was ihnen auf der einen Seite aus der Tasche gezogen werde, auf der anderen Seite hineingesteckt. „Ob dies das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zur Alimentation kinderreicher Beamtinnen und Beamten bezweckt hat, dürfte mehr als fraglich sein.“ meinte der DGB-Experte.

Vor allem für neue Beamtinnen und Beamte würde unmittelbar das Einkommensniveau gesenkt. Ob dies den öffentlichen Dienst im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte einen Vorteil verschafft, „ist zweifelhaft“, meinte der Gewerkschafter.

PM 184 des DGB v. 4.8.2000

partnerschaftlichen Zusammenleben oder gegenüber dem Alleinlebenden mit 180 DM alimentiert wird (da hat das BMI jederzeit die Lacher auf seiner Seite). *

Mit dem aus dem Beamtenrecht übernommenen Alimentationsprinzip ist in der Entgeltfrage im ÖD von gewerkschaftlicher Seite unglücklicherweise nie recht gebrochen worden. Man kann das gut im tarifpolitischen Programm der ÖTV nachlesen. Dort wird zwar eine Veränderung der Struktur dieser Zuschläge gefordert, sie werden aber nicht gänzlich in Frage gestellt, sondern als notwendige Ergänzung zur fehlerhaften und mangelnden staatlichen Sozialpolitik verteidigt. Eine tarifliche Absicherung im Grundgehalt (und damit die Aufhebung des Zustandes als vorenthaltener Lohn) wurde nicht vorgesehen. In gewisser Weise hat man damit den Eingriff des BMI im Beamtenrecht „provokiert“.

Dem tarifpolitischen Programm kann man zugute halten, dass sich die entsprechenden Gewerkschaftstage der hohen Bedeutung der Sozialzuschläge für die aktuelle Besoldung bzw. für das aktuelle Entgelt der Beschäftigten insbesondere in den unteren Entgeltgruppen bewusst waren und man das Kräfteverhältnis nicht so eingeschätzt hat, dass es möglich gewesen wäre, 10-15% „vorenthaltener Lohn“ im Grundgehalt für alle abzusichern.

Allerdings hat es in der Folge nicht gerade eine Offensive in der Tarifpolitik im Öffentlichen Dienst gegeben, die womöglich das Thema der Sozialzuschläge oder gar die Reform der Entgeltstruktur überhaupt erwähnenswert besetzt hätte. Mit dem Ergebnis, dass sich heute immer noch jeder Berufene oder Unberufene über die Sitzfleischprämien und Ehezulagen im ÖD mokieren kann und die Gewerkschaften in dieser Angelegenheit als die Verteidiger einer in der Tat überkommenen Entgeltstruktur dastehen (sozusagen als die Deppen von vorgestern). Und schon gar nicht hat man sich auf die

Fahnen geschrieben, dass mit der vorhandenen Entgeltstruktur eine Reform des Öffentlichen Dienstes, der ja nach wie vor in den unteren Lohngruppen stattfindet, nicht zu machen ist.

Der Boden für den jetzigen Vorstoß des BMI – das ist jedenfalls meine Meinung – ist auch auf Seiten der gewerkschaftlichen Tarifpolitik bereitet worden, die es in den letzten Jahren versäumt hat, bestimmte tarifpolitische Fragen öffentlich zu thematisieren. „Alt- und alleits bekannte“ Mängel des BAT sind eben nie richtig besprochen und angegriffen worden, sondern mit dem Mantel der stillschweigenden Übereinkunft, dass der BAT oder die Besoldung doch immerhin noch Elemente und sonstige Annehmlichkeiten aufzuweisen hat, zugedeckt worden. Das rächt sich jetzt – von einem Aufschrei der Entrüstung über die Streichungsabsicht des BMI ist jedenfalls wenig zu spüren, und so lange die Ehezulage als Anachronismus werden kann und nicht als vorenthaltener Lohn verhandelt wird, wird das auch so bleiben.

Es wird Zeit, dass tarifpolitische Fragen wenigstens von der ideologischen Seite offensiv aufgegriffen werden. Wie will man denn sonst aus dem Loch wieder rauskommen?

P.
* Nur der Vollständigkeit halber für die, denen es im Moment nicht bewusst ist. Die Angelegenheit ist Ende der 70er-Jahre mit den Haushaltstrukturgesetzen noch komplizierter geworden. Ist ein Ehepartner im ÖD, ist alles klar (er kriegt den vollen, sozialen Ehezuschlag, auch wenn der andere im Nicht-ÖD das Doppelte und Dreifache verdient). Sind aber beide Ehepartner im ÖD, müssen sie sich die Ehe-Zulage teilen (auch wenn sie womöglich beide in den unteren Lohn- oder Besoldungsgruppen eingruppiert sind – na ja, bei der Partnerwahl eben Pech gehabt). – Mir ist nicht bekannt, dass diese zum Himmel schreienden Disproportionalitäten irgendwo aufgegriffen und gegen den Tarif gewendet worden wären.

„Engagement gegen rechts verdient volle Unterstützung“

Nachfolgend kommen wir einer Bitte der VVN-BdA nach und verbreiten ihren Aufruf für eine Zeitungsanzeige. Rückmeldungen sollten bald erfolgen (VVN-BdA Bundesgeschäftsstelle: Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel: 0511-331136, Fax: 0511-3360221, E-Mail: vvn0109@aol.com). Wir wünschen der notwendigen Aktion viel Erfolg.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Rechtsextremismus, Rassismus, zunehmende neofaschistische Gewalttaten und Aktivitäten erfordern, und das schon seit langem, breite demokratische Bündnisse.

Darüber wird in diesen Tagen zu Recht viel diskutiert. Wir möchten nun konkret mit einer Initiative zur Unterstützung antirassistischer und antifaschistischer Arbeit vor Ort die vielen Gruppen, Initiativen und Organisationen unterstützen, die sich oft seit vielen Jahren kontinuierlich gegen Neofaschismus und Rassismus einsetzen.

Alles weitere ist dem beiliegenden Aufrufstext zu entnehmen, um dessen Unterschrift als Erstunterzeichner wir Sie/Dich bitten.

Wir haben die Absicht, den Aufruf mit den bis dahin vorliegenden Unterschriften in einer über-regionalen Zeitung (z.B. Frankfurter Rundschau) als Anzeige zu veröffentlichen und bitten zu diesem

Zweck um eine Spende auf folgendes Konto:

Verein f. politische Bildung und Information e.V. (VBI), Kto.-Nr. 36923-308, Postbank Hannover, BLZ 25010030, Stichwort: Antirassistische Initiative

Mit bestem Dank für eine Unterstützung und antifaschistischen Grüßen
Werner Pfennig – ehemaliges Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG Medien – Bundessprecher der VVN-BdA

Aufruf zur Unterstützung antirassistischen und antifaschistischen Engagements vor Ort

„Engagement gegen rechts verdient volle Unterstützung“

Aufgeregt wird in diesen Tagen darüber diskutiert, was gegen den Rechtsextremismus zu unternehmen sei. Neben dem Ruf nach staatlichen Maßnahmen werden von Politikerinnen und Politikern immer wieder Bürgerengagement und Zivilcourage eingefordert. Wir begrüßen diese Appelle.

Es darf aber nicht übersehen werden, dass sich bereits zahlreiche Initiativen, Gruppen und auch Organisationen – oft schon seit Jahren – nahezu täglich gegen Neofaschismus und Rassismus engagieren.

Sie treten an zahlreichen Orten gegen Neonazis auf. Sie sind Mitinitiatoren vieler Aktivitäten, Kundgebungen und Demonstrationen gegen Rechtsextremisten. Sie stehen oft als Einzige den Opfern rassistischer Diskriminierung und Gewalt vor Ort zur Seite. In Schulen, Jugendgruppen, Vereinen und Verbänden klären engagierte Bürgerinnen und Bürger – unter ihnen Überlebende des Naziterrors – über die Geschichte und die Gefahren des Neofaschismus auf. Bislang werden sie

dabei von der offiziellen Politik häufig als störend empfunden, beiseite geschoben, oft sogar diffamiert und mit dem Stempel „verfassungsfeindlich“ versehen. Damit muss Schluss sein.

Bürgerinnen und Bürger, junge Menschen und ehemalige antifaschistische Widerstandskämpfer, die sich couragiert und aktiv gegen rassistische Ausgrenzung und Gewalt, für Menschenrechte, für antifaschistische Politikinhalt einsetzen, verdienen volle Anerkennung und Unterstützung.

Sie bedürfen politischer und materieller Hilfe für ihre Arbeit. Massive Unterstützung der Basisinitiativen gegen Neonazismus und Rassismus ist ein deutliches Signal gegen den wuchernden Rechtsextremismus und für die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements.

Wir fordern daher von allen politisch Verantwortlichen:

Setzen Sie ein Zeichen!

a. Stellen Sie für die antirassistische und antifaschistische Arbeit ausreichend Mittel und Kräfte zur Verfügung.

b. Sorgen Sie dafür, dass demokratische Aktivitäten gegen neofaschistische Aufmärsche und Umtriebe nicht behindert werden.

c. Unterlassen Sie jede Diffamierung antirassistischer und antifaschistischer Initiativen und Gruppen – auch wenn sie politisch unbequem sein mögen.

d. Setzen Sie sich mit uns für die politische Bekämpfung und Ächtung des Rechtsextremismus ein. Bürgerengagement ist Ausdruck und Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

Fred Dellheim, Esther Bejarano, Kurt Julius Goldstein, Werner Pfennig, P.C. Walther (Der Aufruf wird unterstützt von ...)

Zum Tode des PDS-Politikers

Michael Benjamin

Ein aufrechter und unorthodoxer Kommunist

Von Eberhard Czichon

An Montagabend (7.8.) verstarb das PDS-Vorstandsmitglied Michael Benjamin im Alter von 67 Jahren an den Folgen einer Herzoperation: Sein Tod hinterlässt eine schmerzliche Lücke. Ich habe einen Freund und Mitkämpfer verloren.

Michael Benjamin kam aus einer kommunistischen Familie. Sein Vater, der Arzt Georg Benjamin, ist 1942 von den Nazis im KZ Mauthausen ermordet worden, seine Mutter, Hilde Benjamin, war in der DDR langjährige Justizministerin. Michael Benjamin hat Jura studiert und an der Akademie für Staat und Recht als Professor gewirkt.

Ich lernte ihn 1990 in der Zentralen Koordinierungsgruppe der Kommunistischen Plattform der PDS persönlich kennen und fortan als guten Freund schätzen.

Sein kulturvoller Umgang mit Meinungsverschiedenheiten hat uns Mitglieder der Sprechergruppe und des Bundeskoordinierungsrates der Plattform weithin mitgeprägt. Im Parteirat, als Mitglied des Parteivorstandes der PDS ebenso wie als Mitglied des Marxistischen Forums rang Michael bis zuletzt um die Verteidigung marxistischer Positionen innerhalb der PDS. Es war seine feste Überzeugung, dass nur eine pluralistische linke Partei fähig sein wird, soziale und antifaschistische Positionen in diesem kapitalistischen Land zu verteidigen. Für ihn hat eine sozialistische Partei nur im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um menschliche Lebensbedingungen und gegen die unbegrenzte Allmacht des Kapitals eine reale Chance, sich bundesweit durchzusetzen. Als konsequenter Marxist wandte sich Michael gegen jede Anpassung an das politische Establishment. Er war der Basis der Partei stets eng verbunden. Und Michael wies keine Einladung zurück, wenn es darum ging, mit Genossinnen und Genossen zu diskutieren. In seiner Dialogbereitschaft verletzte er niemals die Würde seiner Gesprächspartner. Michael hat vielfach mitgeholfen, kommunistische Positionen auch unter

Umständen zu vertreten, als diese nicht mehr in den so genannten Zeitgeist passten. Insofern war er niemals ein orthodoxer Kommunist.

Hervorzuheben ist sein wesentliche Anteil an der Ausarbeitung eines Parteiprogramms, das die sozialistische Partei in den schweren Jahren ihrer Isolation durch die Herrschenden dennoch zum Erfolg führte. In seinem Bestreben die politische Bildung in der Partei zu befördern wirkte Michael Benjamin auch in der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin mit. (...)

„Demokratischer Sozialismus hat viele Quellen, viele Bestandteile und viele Gesichter. Sein Gesicht und seine Position werden uns fehlen.“

Der aufrechte Kommunist Michael Benjamin wird allen fehlen, die in Sorge sind um die Zukunft unseres Landes.

Aus: Neues Deutschland, 09.08.2000, Seite 5



Proteste gegen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen nehmen zu

Seitdem China auf dem Weg in Richtung Kapitalismus ist, ist die soziale Polarisierung und die anwachsende Kluft zwischen Arm und Reich brisanter geworden. In den ersten Jahren des ökonomischen Umgruppierungsprozesses bekamen die neureichen Familien den Spitznamen „Zehntausend-Yuan-Haushalte“, inzwischen werden regelmäßig in den chinesischen Medien die Top-100-Listen mit den „Hundert-Millionen-Yuan-Haushalten“ veröffentlicht. Die Ersparnisse in China sollen nahezu sechs Billionen Yuan betragen. Aber: Diese Summe befindet sich hauptsächlich in den Händen von 15-16 Prozent der Haushalte mit hohem Einkommen. Die Bankkonten dieser Haushalte mit hohem Einkommen entsprechen mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) des Jahres 1998 oder dem Vier- bis Fünffachen der gesamten Einkünfte des Landes. Die Situation der einfachen Arbeiter und Bauern ist aber ganz anders. Obwohl die Arbeitsproduktivität gestiegen ist, sind Arbeitslosigkeit und Entlassungen die Regel.

Nach Angaben des chinesischen Arbeitsministeriums wird damit gerechnet, dass die staatseigenen Unternehmen in diesem Jahr weitere 5 Mio. Arbeitskräfte entlassen werden. Die Zahl der freigesetzten Arbeitskräfte würde sich dann im Jahre 2000 auf 11,5 Mio. belaufen. Im Jahre 1999 hatte diese Zahl 11,74 Mio. betragen. Von den Arbeitslosen waren 4,92 Mio. neu vermittelt worden. Ende 1999 hatte dann die Zahl der entlassenen Arbeitskräfte 6,5 Mio. erreicht. Nach Angaben des Ministers für Arbeit und Soziale Sicherheit, Zhang Zuoyi, haben im letzten Jahr 90% der freigesetzten Arbeitskräfte staatliche Unterstützungen erhalten.

In China zahlen mehr als die Proteste der Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze fürchten oder auf Grund ausbleibender Lohn- und Pensionszahlungen in soziale Not geraten.

Nach Angaben des „Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China“ beteiligten sich im vergangenen Jahr landesweit über 100.000 Arbeiter an lokalen Protesten gegen korruptes Betriebsmanagement, die Stundung von Löhnen und Rentenzahlungen sowie die ungenügende Arbeitslosenunterstützung durch die staatlichen Behörden.

Ein Artikel der Hongkonger Monatszeitschrift *Dongxiang* berichtet von einer Telefonkonferenz zuständiger Staatsrats- und ZK-Mitglieder zur Fra-



ge der sozialen Sicherheit am 4. Mai, auf der Luo Gan, Politbüromitglied und Chef des nationalen Sicherheitsapparats, einen Bericht über die soziale Situation abgegeben habe. Danach sollen sich zwischen dem 29. April und 3. Mai landesweit insgesamt 134 politisch motivierte Unruhen ereignet haben, bei denen 42 Personen, darunter 25 Sicherheitskräfte, zu Tode gekommen und rund weitere 200 verletzt worden sein sollen (*China aktuell* 4/2000).

Ein Schwerpunkt der Arbeiterproteste scheint derzeit in der Provinz Liaoning im Nordosten Chinas zu liegen. Im April gab es Meldungen über Massenproteste von rund 20.000 Bergleuten in dem in dieser Provinz gelegenen Ort Yangjiazhangzi. Es handelte sich bei den Protestierenden um Bergleute einer großen Molybdän-Mine, die in der Vergangenheit bis zu 35% des chinesischen Bedarfs an diesem Metall gedeckt hat. Die Mine war im November 1999 geschlossen, den Arbeitern waren seither keine Löhne ausbezahlt worden. Im Februar dieses Jahres schlugen die Behörden eine Abfindungslösung vor, nach der jeder Arbeiter pro Jahr seiner Beschäftigungsdauer in der Mine einen Betrag von RMB 560 (rund DM 140) erhalten sollte. Aus diesem Betrag sollten Ausgaben für Kranken- und Rentenversicherung beglichen werden, sodass nur ein geringfügiger Restbetrag als verfügbares Einkommen übrig bliebe, der die Lebenshaltung der betroffenen Familien für maximal zwei Jahre sichern würde.

Aufgebracht seien die Bergleute zudem durch das undurchsichtige Verfahren, mit der Anteile der bis dahin als Staatsunternehmen geführten Mine in private Hände veräußert worden seien. Die noch profitablen Unternehmensteile sowie mobile Vermögensanteile seien unter der Hand verschachert, die finanziellen Erlöse aber den Beschäftigten

vollständig vorenthalten worden.

Am 27. Februar sollen sich daraufhin mehrere tausend Bergleute vor dem Hauptsitz des Betriebs versammelt und eine offizielle Stellungnahme der Unternehmensführung gefordert haben. Als diese ihre Gesprächsbereitschaft verweigerte, blockierten die Bergleute den Zugang zum Unternehmenssitz und protestierten gegen den Abfindungsvorschlag sowie gegen die Korruption der Behörden. Es kam dabei zu gewalttätigen Ausschreitungen mit erheblichen Sachschäden. Nachdem aus den nächsten Kreisstädten einrückende Polizeieinheiten von den Bergleuten umzingelt und außer Gefecht gesetzt wurden, schritten am 29. Februar schließlich Armeeinheiten ein, die die Proteste gewaltsam auflösten; auf beiden Seiten soll es dabei Verletzte, aber keine Todesopfer gegeben haben. Etwa 20 bis 30 Bergleute sollen festgenommen und über die Stadt eine Ausgangssperre verhängt worden sein, die erst Ende März wieder aufgehoben wurde.

Mitte Mai kam es in Liaoyang, einer Stadt in der nordöstlichen Provinz Liaoning, zu teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen nach unterschiedlichen Berichten 5.000 Arbeiter bzw. 2.000 Arbeiter und Rentner teilnahmen.

Nach Angaben der *International Herald Tribune* besetzten 2.000 Arbeiter und Rentner ihre Fabrik sowie die Regierungsgebäude in Liaoyang für zwei Tage. Zunächst sollen erst rd. 1.000 Beschäftigte den Zugang zur Liaoyang Ferroalloy Factory sowie eine Straße blockiert haben, um ausstehende Löhne und Renten einzufordern, die in einigen Fällen bis zu 20 Monaten überfällig waren. Am folgenden Tag griff die Polizei mit Gewalt ein, löste die Blockade auf und verhaftete drei der Demonstranten. Nach der Verhaftung musste einer der

Arbeiter auf Grund eines Herzanfalls in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Dieser Zwischenfall führte zu einer Solidarisierung und zu Protesten weiterer Beschäftigter und Rentner, deren Zahl sich dann auf rd. 2.000 erhöhte. In den folgenden Verhandlungen zwischen dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Liaoyang und einer Delegation der Arbeiter wurde das Versprechen gegeben, dass die ausstehenden Löhne und Renten sowie Unterstützung an die freigesetzten Arbeitskräfte gezahlt würden.

Die betreffende staatseigene Fabrik in Liaoyang wurde vor 40 Jahren gegründet und versorgt rd. 8.000 Arbeitskräfte, einschließlich der inzwischen pensionierten Beschäftigten, mit Lohn und Renten. Mit zunehmenden Problemen musste die Fabrik rd. 1.000 Arbeitskräfte in der letzten Zeit entlassen.

Die genannten Beispiele beziehen sich zwar nur auf die Provinz Liaoning, jedoch finden auch in anderen Regionen Demonstrationen und Proteste von Arbeitskräften und ehemaligen Beschäftigten staatseigener Unternehmen statt. Auch die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten stieg in den letzten Jahren beträchtlich.

In Shanghai beispielsweise nahm die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten jährlich um rd. 30% pro Jahr zu. Es handelte sich um Fälle, in denen die Rechte der Beschäftigten nicht berücksichtigt worden waren. Aus diesem Grund gründete die Shanghaier Gewerkschaft 1997 ein erstes Zentrum für Arbeitsrechtsfragen; bis heute gibt es 30 Zweigstellen in den einzelnen Stadtbezirken. Mehr als 30.000 Beschäftigte sollen sich dort bereits beraten lassen haben, 40% der Ratsuchenden kamen aus Unternehmen mit Auslandskapital.



Massenproteste im Zusammenhang mit Bauprojekten

Aber auch gegen andere Maßnahmen der Behörden wird zunehmend Protest angemeldet. In mehreren Städten kam es im Juni zu Massenprotesten von Bewohnern, die wegen größerer Bauprojekte ohne ausreichende Kompensation umgesiedelt werden sollten bzw. denen zugesagte Entschädigungen nicht ausgezahlt worden waren.

Am 1. Juli setzten sich 100 Bewohner eines Dorfes außerhalb der ostchinesischen Küstenstadt Wenzhou zur Wehr, als ihre über 200 Jahre alten Wohnhäuser zwangsweise abgerissen werden sollten. 200 Polizisten versuchten den Abriss gewaltsam durchzusetzen. In den Auseinandersetzungen wurden 20 Einwohner und fünf Polizisten verletzt, 15 Personen

wurden festgenommen und des Landfriedensbruchs angeklagt.

Am 26. Juni besetzten 300 Einwohner eine zentrale Straßenkreuzung in Xi'an, der Provinzhauptstadt von Shaanxi, und brachten dort den Autoverkehr zum Erliegen. Ihr Protest richtete sich gegen die Stadtverwaltung: Nachdem ihre Häuser bereits vor acht Jahren wegen eines Bauprojektes abgerissen worden sein sollen, waren sie offenbar nur provisorisch untergebracht und warten seither auf die Zuweisung neuer Wohnungen. Die Polizei hielt sich zurück.

Einen Tag später blockierten Demonstranten in der mittelchinesischen Stadt Luoyang den Straßenverkehr. Hintergrund soll ein Plan der Regierung gewesen sein, für ein Straßenbauprojekt Land zu konfiszieren. Eine Internetnachricht brachte den Vorfall mit Moslems in Zusammenhang: Das konfiszierte oder zu konfiszierende Land gehöre zu einer Moschee, und die angebotene Entschädigung sei, statt ausgezahlt zu werden, in

die Taschen von Beamten gewandert.

Bereits seit längerem waren in Beijing fast täglich Kundgebungen von Bewohnern zu verzeichnen, deren Wohnhäuser Bauprojekten weichen sollen. Empört über die Behandlung durch die Behörden blockierten die Protestierer auch hier eine Kreuzung, wobei sich die Polizei zurückhielt. (NZZ, 20.6.00)

In fast allen älteren Stadtzentren werden seit Jahren im großem Maße alte Wohnbauten abgerissen, um Platz für große neue Geschäftshäuser, Straßenverbreiterungen und Stadtautobahnen zu schaffen. Sofern die Betroffenen modernen Wohnungen mit Bad und Toilette angeboten bekamen, gingen die Umsiedlungen gewöhnlich ohne größere Auseinandersetzungen vonstatten. Die Protestbereitschaft ist aber in der Bevölkerung

inzwischen generell gewachsen, da der chinesische Staat seinen Bürgern immer mehr an Lasten zumutet. Vor allem spitzt sich das Problem durch die immer weiter um sich greifende Korruption zu, da sie die Effektivität staatlicher Maßnahmen untergräbt oder gar ins Gegenteil pervertiert. Wenn es um den Abriss von Häusern ging, saß der Staat aber bislang immer noch am längeren Hebel. Die Leichtfertigkeit, mit der auf unteren Verwaltungsebenen soziale Spannungen und Unruhen provoziert werden, sorgt an der Spitze allerdings für große Besorgnis. Immer wieder kommen aus Beijing dringende Warnungen, wonach die örtlichen Regierungen der Wahrung der sozialen Stabilität höchste Priorität einzuräumen haben. Jiang Zemin hat auf dem letzten Parteitag der KP Chinas die Probleme des Landes in folgendem Bericht zusammengefasst: „Das Entwicklungsniveau und die Effizienz der Volkswirtschaft sind nicht hoch. Die irrationale Wirtschaftsstruktur ist immer noch

ein gravierendes Problem. Es mangelt besonders einem Teil der staatseigenen Betriebe an Vitalität. Das Volk ist mit dem Arbeitsstil der Partei und der Regierung, den gesellschaftlichen Verhaltensweisen und der öffentlichen Sicherheit noch unzufrieden. Unterschlagung, Korruption, Extravaganz, Verschwendung und andere ungesunde Phänomene sind noch weit verbreitet. Bürokratismus, Formalismus und Täuschungsversuche sind recht gravierend. Die Einkommensverteilung ist noch nicht gerecht. Die ungleichmäßige regionale Entwicklung ist nach wie vor deutlich. Ein Teil der Stadt- und Landbevölkerung lebt in beschränkten Verhältnissen.“

hav
(Die verschiedenen Informationen stammen aus der Zeitschrift „China Aktuell“ diverse Ausgaben aus 2000)



Wegen des zunehmenden Migrantenstroms von Albanien nach Italien hat sich der italienische Ministerpräsident Amato selbst nach Albanien eingeladen und der Regierung dort ein Ultimatum gestellt. Wenn sie die Flüchtlingströme nicht stoppe, wird die Wirtschaftshilfe eingestellt. Außerdem hätte er ein Abkommen mit der albanischen Regierung geschlossen, dass italienische Polizisten in Albanien operieren könnten. Flugs meldete sich darauf der albanische Staatspräsident Meidani und erklärte, ein solches Abkommen gebe es nicht. Die italienische Polizei würde zwar weiterhin an Ausbildungsmaßnahmen für die albanische Polizei teilnehmen, dürfte aber keinerlei hoheitsrechtliche Aufgaben in Albanien durchführen.

UNO setzt Wahlen im Kosovo durch

Die Vereinten Nationen haben ungeachtet ernster russischer Vorbehalte die Kommunalwahlen im Kosovo auf den 28. Oktober angesetzt. Die UNO-Übergangsverwaltung (UNMIK) unter Leitung des französischen Ex-Ministers Bernard Kouchner einigte sich am Wochenende mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf den Termin. Die OSZE soll die Wahlen überwachen. Nach westlichen Angaben haben sich in der von der UNO verwalteten südserbischen Provinz rund eine Million Menschen in die Wählerlisten eintragen lassen. Das sind 90 Prozent der Wahlberechtigten in der überwiegend von Albanern bewohnten Provinz. Hingegen haben sich weniger als 1000 Serben registrieren lassen. Im Kosovo leben noch rund 100.000 Serben; sie sind ebenso wie die Roma-Minderheit immer wieder Ziel von Angriffen aus der albanischen Bevölkerungsmehrheit. Zu der Wahl treten 19 Parteien, zwei Wahlbündnisse, drei Bürgerinitiativen und 15 unabhängige Kandidaten an. Doch wird die Entscheidung voraussichtlich zwischen der Demokratischen Liga von Ibrahim Rugova und der in „Demokratische Partei Kosovos“ (DPK) umbenannten „Kosovo-Befreiungsarmee“ (UCK) des Ex-Rebellenchefs Hashim Thaci fallen. Kouchner bezeichnete den Wahlboykott der Serben am Samstag als unglücklich. Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug kritisierte Kouchner nach der Festlegung des Wahltermins. Damit habe er gezeigt, dass er ein Komplize „albanischer Separatisten und Terroristen“ sei. Russland ist strikt gegen die Durchführung von Wahlen in diesem

Jahr. Der russische Chefdelegierte bei der UNO, Sergej Lawrow, sagte vor dem Weltsicherheitsrat in New York, die sich verschlechternden Sicherheitsbedingungen für die ethnischen Minderheiten würden dazu führen, dass Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt alles andere als frei, fair und demokratisch wären. Sollten sie in diesem Jahr abgehalten werden, würden militante albanische Nationalisten legal die Macht ergreifen, und die Chance für den Aufbau eines multinationalen Kosovo wäre vertan, sagte Lawrow. Man könne Kouchner nicht allein eine Entscheidung überlassen, die direkt den Frieden und die Sicherheit in der gesamten Region betreffe, warnte der russische UNO-Botschafter. Eine Wahl ohne Teilnahme der Minderheiten werde die politische und ethnische Landschaft der Provinz zerstören. Dies wiederum werde sich destabilisierend auf die Lage auch außerhalb des Kosovo auswirken.

Zusammenstöße bei Demonstration in Serbien

In Zvecan unweit der Stadt Mitrovica kam es nach der Übernahme einer Bleischmelze durch die KFOR am 14.8. gegen 7.30 Uhr zu Zusammenstößen zwischen einigen Dutzend serbischer Demonstranten und britischen KFOR-Soldaten, die nach der Besetzung der Anlage dort patrouillierten. Ein Augenzeuge berichtete im Belgrader Radio, dass es auf beiden Seiten Verletzte gegeben habe. Die Serben haben sich vor der Anlage versammelt, um gegen die Übernahme zu demonstrieren. Ein Sprecher der französischen KFOR-Einheiten sagte, die Soldaten seien mit Steinen beworfen worden. Aber die Lage hätte sich inzwischen wie-

der beruhigt. Der Sprecher sagte, die KFOR erwarte weiteren Widerstand im Inneren der Industrieanlage, wo sich 30 bis 40 Ingenieure eingeschlossen hätten. Diese weigerten sich, das Gebäude zu verlassen und UNO-Experten beim Abschalten der Anlage zu helfen. – Die Bleischmelzanlage in Zvecan stößt nach Angaben der UNO das 200-fache des zulässigen Bleiwerts aus. Serbische Geschäftsführer hatten sich geweigert, die Anlage auf Aufforderung der Vereinten Nationen zu schließen, daraufhin war am Morgen die Übernahme und Schließung erfolgt. Der Vertreter der Serben von Mitrovica, Oliver Ivanovic, hat gegenüber dem Sender für Montag eine Sitzung des Serbischen Volksrates in der Stadt zur Erörterung der Situation in Zvecan angekündigt. „Unser Standpunkt sei, dass niemand arbeitslos bleiben darf und dass albanische Arbeitnehmer nicht in diesen Stadtteil kommen dürfen“, erklärte Ivanovic. Alles andere könne vereinbart werden. (Quelle: Kurier online)

Soros soll Gelder für Südosteuropa verwalten

Die amerikanische Regierung hat George Soros die Verwaltung des Investitionsfonds für Südosteuropa in Höhe von 150 Mio. US\$ anvertraut. Der dazugehörige Vertrag wurde in Washington zwischen der Overseas Private Investment Corporation (OPIC) und der Soros-Stiftung unterzeichnet. Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Makedonien, Rumänien, Slowenien und die Türkei können diese Finanzmittel mit einer Bürgschaft des Südosteuropa-Fonds (SEEF) bevorzugt nutzen. Von den 17 Kandidaten sei Soros damit beauftragt worden, den Fonds zu verwalten. OPIC-Leiter George Munoz sagte, es sei ausschlaggebend gewesen, dass er ein Kenner der Region sei, über Erfahrungen bei der Verwaltung von Finanzfonds verfüge und die Fähigkeit besitze, private Investoren anzuziehen. (Quelle: Kosovo Wirtschaftsinformationen)

China will Microsoft-Monopol brechen

Peking (dpa) – Der chinesische PC-Hersteller TCL will das Monopol von Microsoft und des Betriebssystems Windows brechen. Bei der Auslieferung von Computern werde in Zukunft das Betriebssystem „Rote Fahne 2.0“ installiert, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua am Freitag. Rote Fahne ist eine chinesische Entwicklung auf der Grundlage des alternativen Betriebssystems Linux und arbeitet mit chinesischen Schriftzeichen. Es wurde von der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften initiiert. Seit längerem ist die chinesische Regierung über die Sicherheit des Betriebssystems Windows besorgt und sucht daher eine Alternative.

Zusammenstellung: hav

DÜSSELDORF/MÜNCHEN/ZWICKAU. Am 5. August fand in Düsseldorf eine antifaschistische Demonstration „Stoppt den Nazi-Terror! Faschistische Strukturen zerschlagen!“ statt (Bild). Mit über 2500 TeilnehmerInnen und über 70 aufrufenden Organisationen war die Demonstration ein Erfolg. Sie wurde angeführt von den Ratsherren Alfred Syska (SPD) und Frank Laubenburg (PDS) sowie dem Antifa-KOK. Redebeiträge kamen von Jupp Angenfort (Landesvors. der VVN), dem Antifa-KOK, Ralph Giordano, Esther Bejarano (Vors. des Auschwitz-Komitees in der BRD) und der türkischen Organisation DİFİ. – Bei der vom Kreisverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Auftrag eines breiten Bündnisses gegen Rechts organisierten Demonstration in Zwickau beteiligten sich am 13. August über 2000 Menschen. – In München versammelten sich am 12. August über 3000 Menschen bei der von der Abendzeitung organisierten, von Kirchen und Künstlern unterstützten Kundgebung „Ja zur Toleranz, Nein gegen rechte Gewalt“. Schirmherr OB Chr. Ude (SPD) kritisierte die Unterscheidung in „nützliche“ Ausländer und „unnützliche“ als menschenverachtend.



Renate Künast (B90/Die Grünen) auf Antifa-Tour durch Brandenburg

EBERSWALDE. Die Grünen-Politikerin Renate Künast bleibt aktiv in Sachen Kampf gegen Rechtsextremismus und Neonazismus. Auf einer Tour durch Brandenburg, mit Besuchen in Eberswalde und Bernau, Zentren rechtsextremistischer Aktivitäten, suchte sie das Gespräch mit Betroffenen, Ausländern, Staatsangestellten und Bürgern. Ihr Fazit ist: Wo sich Menschen regen, wo Linke tätig werden, wird den Nazis die Grundlage entzogen. In Gesprächen mit ortsansässigen Ausländern erfährt sie, dass nicht nur der organisierte Nazi eine Gefahr ist. Diese geht auch von den Wohnzimmern, Biertheiken und Behörden aus. Gerade dort herrscht Gleichmütigkeit und Ignoranz. Für Antifa-Jugendliche ist der Alltag schwer. Sie brauchen Unterstützung aus Parteien und Behörden. Es fehlt an Mitteln, um Vorhandenes aufrecht zu erhalten und auszubauen. Die Tour machte deutlich: Linkes Zusammengehen ist gefragt. *abe*

Verschärfte Polizeigesetze in Berlin und Brandenburg angekündigt

Berlin. CDU-Experten fordern neben der Einführung der Videoüberwachung öffentlicher Plätze ebenfalls den „finalen Rettungsschuss“. Anders – so CDU-Mann Roland – käme man dem anschwellenden Rechtsextremismus nicht bei. Innenminister Schönbohm (Brandenburg) hat ohne nachvollziehbare öffentliche Kosten- und Personalprognose die Videoüberwachung von 15 öffentlichen Plätzen abgesegnet. Nach Meinung von PDS-Vertretern werde in den Behörden und Dienststellen des Landes die Gefahr des Rechtsextremismus unterschätzt. Die Erklärung Mini-

sterpräsident Stolpes, eine schnellere Strafverfolgung durchzuführen, sei keinesfalls die Lösung. *abe*

Realität entlarvt Sonntagsreden der CSU zur Integration

MÜNCHEN. „Wer sich in Bayern einbürgern lassen will, muss immer noch die Erfahrung machen, dass er nicht wirklich willkommen ist“, urteilt Elisabeth Köhler, migrationspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. Im Einzelnen listet sie folgende Behinderungen auf: 1. Bei Menschen, deren deutsche Sprachkenntnisse offensichtlich so gut sind, dass ein Sprachtest unnötig erscheint, wird ein sog. Plausibilitätstest verlangt, bei dem sie Deutsch wie eine Muttersprache sprechen können müssen. 2. Sprachzertifikate werden nur von den Volkshochschulen, aber nicht von anerkannten privaten Sprachschulen akzeptiert. 3. Die Note ausreichend beim Sprachtest der Münchner Volkshochschule wird vom Münchner Kreisverwaltungsreferat nicht als hinreichend für eine Einbürgerung anerkannt. 4. Jugoslawischen Staatsangehörigen wird zur Zeit generell die Einbürgerung verweigert. Begründung: Die Gebühren, die sie an die jugoslawische Regierung zur Entlassung aus der alten Staatsbürgerschaft zahlen müssten, werden als Verletzung des EU-Embargos gegen Jugoslawien gewertet. Die vom Gesetz vorgesehene Ausnahmeregelung der doppelten Staatsbürgerschaft für solche und ähnliche Fälle wird nicht angewandt. 5. Es werden überhöhte Gebühren für eine Einbürgerung verlangt. Fälle von 500 DM pro Familienmitglied sind keine Seltenheit, obwohl das Bundesgesetz für Kinder lediglich eine Gebühr von 100 DM vorsieht. 6. Traditionelle ausländische Vornamen wer-

den bei der Einbürgerung oft nicht akzeptiert. Begründung: Es sei nicht klar erkennbar, ob es sich um einen weiblichen oder männlichen Vornamen handle. In der Summe, so Elisabeth Köhler, seien die neuen Bestimmungen oft sogar eine Verschärfung des alten Einbürgerungsrechts. *mlb*

Lesben- und Schwulenverband fordert ein Mahnmal in Berlin

BERLIN. Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland fordert ein Mahnmal in Berlin für die von Nazis verfolgte Homosexuelle. Es gebe für Schwule und Lesben bislang zwar einige „versteckte Gedenksteine“, aber kein Mahnmal. In der NS-Zeit waren nach Angaben des Verbandes zwischen 10.000 und 15.000 Homosexuelle in Konzentrationslager gebracht worden. Die große Mehrheit habe dies nicht überlebt. Darüber hinaus habe es groß angelegte Strafverfolgungen gegeben. *lsb*

Zustellerin darf nach Boykott von Hetzschriften bleiben

FREIBURG. Die Freiburger Briefträgerin, die sich geweigert hatte, schwulenfeindliche Postwurfsendungen der „Christlichen Mitte“ (CM) zuzustellen, muss keine arbeitsrechtlichen Sanktionen fürchten. Dies teilte die Post AG mit. Zwar habe noch kein Gericht rechtskräftig entschieden, die anhaltende Ungewissheit sei für die Postbeschäftigte jedoch nicht zumutbar. Der Konzern steht inzwischen selbst wegen des Verdachts der Beihilfe zur Volksverhetzung im Fadenkreuz der Ermittler. Es müsse untersucht werden, welche Stelle für die Verteilung der Wurf-sendung verantwortlich gewesen sei, um wegen Beihilfe oder sogar Mittäterschaft

ermitteln zu können, erklärte Oberstaatsanwalt Wolfgang Maier. Anfang August stellte die Polizei mehr als 10.000 der umstrittenen CM-Pamphlete mit dem Titel „Nein zur Homosexualität“ sicher, die im Freiburger Briefzentrum zur Zustellung bereit lagen. Nachdem die Post erklärt hatte, die Sendungen austeilern zu wollen, hatte die Staatsanwaltschaft eine Beschlagnahmeanordnung erlassen. Neben den Räumen der Post wurden auch die Wohnungen mehrerer CM-Parteifunktionäre durchsucht. Im Unterschied zu den Juristen der Post hält die Freiburger Staatsanwaltschaft die Verunglimpfung homosexueller Menschen als „egozentrische und infantile Persönlichkeiten“ und „Sklaven pervertierter Sexsucht“ für volksverhetzend. Ob Anklage gegen die verantwortlichen Personen erhoben wird, ist noch offen. mah

Volksbegehren „Pro kommunale Sparkasse“ ist gescheitert

DRESDEN. Der sächsische Landtag erklärte jetzt über 36.000 der bereits von den Kommunen geprüften Unterschriften für ungültig. Damit fehlen der Initiative ganze 554 von den erforderlichen 450.000 Stimmen für einen Volksentscheid. Das Bündnis „Mehr Demokratie“ kritisierte die zweite Prüfung der Unterschriften und die peniblen Prüfkriterien des Landtags. Die Initiative „Pro kommunale Sparkasse“ kündigte eine Klage gegen die Entscheidung des Landtags an, um doch noch einen Volksentscheid über die Zukunft der Sparkassen in Sachsen zu erreichen. www.mehr-demokratie.de

GEW begrüßt schrittweise Abschaffung der Beiträge für Kindergärten

FRANKFURT. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) begrüßt die am 1. August im Saarland in Kraft getretene schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für Kindergärten. In einem Schreiben an den saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller lobte der stellv. GEW-Vorsitzende Norbert Hocke die „konsequente Einlösung eines Wahlversprechens“. Zugleich kritisierte er, dass die Entscheidung des Saarlandes jetzt von anderen Bundesländern im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich gebracht werde. „Ausgerechnet bei der Kinderpolitik werden Vorhaltungen gemacht. Bei fragwürdigen Projekten der Wirtschaftsförderung, beim Bau von Straßen und Kläranlagen werden solche Verknüpfungen nicht hergestellt“, stellte Hocke fest. Als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familienlastenausgleich hatte die GEW bereits vorgeschlagen, die Familien schrittweise durch die Abschaffung der Kindergartenbeiträge zu entlasten, statt die Kosten der Kindererziehung durch höheres Kindergeld und Steuerfreibeträge auszugleichen. Sie untermauert ihre Forderung auch mit der

wachsenden Bedeutung des Kindergartens als Bildungseinrichtung. 120 Jahre nach der Abschaffung des Schulgeldes müsste nun mit der Abschaffung der Kindergartenbeiträge ein konsequenter bildungspolitischer Schritt getan werden.

www.gew.de

kein
mensch
ist
illegal

„Gefangen in der Unmenschlichkeit – wir brechen auf!“
Demonstration am 26. August

AACHEN. Vor einem Jahr erhielt das Wanderkirchenasyl den Aachener Friedenspreis. Die Auszeichnung galt dem Mut, mit dem 450 Flüchtlinge aus der Türkei, unterstützende katholische und evangelische Kirchengemeinden und die Kampagne kein mensch ist illegal für elementare Menschenrechte eintreten. Seit Amtsantritt von Schily und Fischer hat sich die deutsche Innen- und Außenpolitik kaum verbessert. Im Gegenteil. Im Frühjahr 2000 wurden die ersten Friedenspreisträger in die Türkei abgeschoben: Yusuf Demir wurde direkt bei Ankunft in Istanbul verhaftet, zum Wanderkirchenasyl verhört und mißhandelt. Er muss sich derzeit vor Polizei und Militär verstecken. 2 Kinder wurden Fatma Bag per Abschiebungen entrisen. Ihre Schicksale sind typisch für ca. 30.000 jährliche Abschiebungen. Illegale Menschen im Kirchenasyl leben in einer Art offenem Gefängnis: Bei Aufgreifen durch die Polizei sind sie jederzeit von Abschiebung in die Türkei bedroht. In Duisburg wurde z.B. Anfang Juli das Kirchenasyl der Roma-Familie Zumberov aus Makedonien polizeilich abgeräumt. Im Wanderkirchenasyl leben noch fast 300 Menschen seit 2 ½ Jahren in ungewisser Situation. Die Aachener Gruppe des Wanderkirchenasyls ruft mit Unterstützung aus anderen NRW-Städten auf zum Protestmarsch in NRW unter den Forderungen: Kein Mensch ist illegal! Bleiberecht für alle! Abschiebestopp in den Folterstaat Türkei! am 26. August ab 13 Uhr in Aachen, Treffpunkt Kugelbrunnen.

www.jungdemokratinnen.de



Zahlreiche Veranstaltungen am 1. September von Gewerkschaften und Friedensgruppen

BONN. Die vielen lokalen Veranstaltungen zum 1. September erinnern an den Beginn des 2. Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen vor 61 Jahren. Eingefordert werden der Verzicht auf Krieg als Mittel der Politik, massive Mittel für zivile Konfliktbearbeitung und die Stärkung von UNO und OSZE statt ihre Diskreditierung durch Selbstmandatierung der Militärbündnisse und Großmächte für mi-

litärische Aktionen nach eigenem Gusto. Erneuert wird die Kritik am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien 1999. Gewarnt wird vor einem neuen atomaren Wettrüsten, falls die USA nicht massiv zur Aufgabe ihrer Pläne für eine nationale Raketenabwehr (NMD) gedrängt werden. Die rot-grünen Pläne zur „Bundeswehrstrukturreform“ werden von der Friedensbewegung heftig kritisiert. Kern aller Modelle ist der teure Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee, deren Einsatzkräfte gleichzeitig zwei Kriege fern der Heimat führen können sollen. Für die tatsächlich stattfindenden Kriege sind die Macht- und Wirtschaftspolitik der reichen Länder wie die auch unter Rot-Grün ungebremsten Rüstungsexporte mit ursächlich. Hier ist Politik statt Militär gefordert.

Netzwerk Friedenskooperative
Unter www.friedenskooperative.de ist eine Textsammlung zur Geschichte des Antikriegstags sowie eine Übersicht über Kriege und bewaffnete Konflikte einzusehen, außerdem ständig aktualisierte Stellungnahmen sowie Aktionstermine von Initiativen zum Antikriegstag.



Bürgerantrag auf Einweihung eines Hiroshima-Nagasaki-Platzes

KÖLN. Auf der Kundgebung am 6. August, dem Hiroshima-Tag, sprach Kazuo Soda, (Bild), Überlebender des Atombombenabwurfs am 9.8.1945 auf Nagasaki. Er übergab den Veranstaltern 40 Tafeln einer Ausstellung „Die Atombombe und der Mensch“ als Geschenk an die Kölnerinnen und Kölner. Sie wurde durch zahlreiche japanische Spenden ermöglicht und soll in Zukunft möglichst oft gezeigt werden. Karin Fischer vom Kölner Friedensforum stellte eine Initiative zur Benennung eines Platzes in „Hiroshima-Nagasaki-Platz“ in Köln vor. „Es sollte ein würdiger Platz des Gedenkens sein – zur ständigen Mahnung daran, dass sich ein Geschehen wie in Hiroshima und Nagasaki niemals wiederholen darf und der atomare Bedrohung der Menschheit ein Ende gesetzt werden muss durch die vollständige Abschaffung aller Atomwaffen weltweit.“ Unter den Bürgerantrag sollen in den nächsten Wochen und Monaten Unterschriften gesammelt werden. Ziel ist, einen solchen Platz anlässlich des Hiroshima-Gedenktages am 6. August 2001 einweihen zu können. tri, lbk

Aus dem Brief des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 7. August an Kommunen

In den vergangenen Wochen erschütterten zahlreiche Gewalttaten gegen Ausländer, Spätaussiedler, Obdachlose und Andere die Menschen in unserem Land. Auch in unseren Städten und Gemeinden wird über die Ursachen diskutiert und darüber beraten, was zu tun ist. Leider ist in der öffentlichen Diskussion bei einigen Bundes- und Landespolitikern auch eine Tendenz zu erkennen, den Kommunen unzureichendes Engagement gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit vorzuwerfen ...

Die Städte und Gemeinden nehmen (aber) ihre Verantwortung ernst und unternehmen in ihrer täglichen Arbeit mehr, als die häufig an negativen Schlagzeilen interessierte Öffentlichkeit wahrnimmt ... So gaben die Kommunen allein im Jahre 1997 im Bereich der Jugendhilfe und Jugendarbeit 10 Mrd. DM aus und betrieben damit aktive Prävention gegen die Ursachen von Gewalttätigkeit und Extremismus. 1 Mrd. DM wird jährlich in die Förderung von Sportvereinen investiert. Es existieren rund 1.400 Gremien kommunaler Kriminalprävention... Der Bund und die Länder müssen ihrer Verantwortung stärker nachkommen, sollen nachhaltige Erfolge erzielt werden. Dazu gehören die Sorge für Bildung, Ausbildung und Arbeit, die besondere Förderung kleiner sozialer Einheiten von der Familie bis zum Dorf im ländlichen Raum, die ausreichende Ausstattung von Polizei und Justiz mit Sachmitteln und Personal und nicht zuletzt eine kommunale Finanzausstattung, die den Städten und Gemeinden einen größeren Raum für die Wahrnehmung sog. „freiwilliger“ Aufgaben lässt...

Die Hauptgeschäftsstelle hat ange-regt, das Engagement der Städte und Gemeinden durch einen verstärkten Erfahrungsaustausch zu unterstützen. Für die Errichtung einer derartigen Datenbank möchte ich Sie daher bitten, mit einem Fragebogen Informationen über bestehende und abgeschlossene Konzepte und Projekte zur Bekämpfung von Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit bei den Mitgliedsstädten und -gemeinden abzufragen. Die Hauptgeschäftsstelle kann dann allen interessierten Kommunen solche Informationen zur Verfügung stellen. Gleichzeitig soll erfasst werden, wo Hindernisse und Probleme für die kommunale Präventionsarbeit gesehen werden und welche Wünsche zur Unterstützung dieser Arbeit an Bundes- und Landespolitik gerichtet werden...Heribert Thallmair

www.dstgb.de

Aus den vielen antifaschistischen Stellungnahmen der letzten Wochen bringen wir den Text zu einer Presserundfahrt der Münchner Rathausfraktion Bündnis 90/Die Grünen / Rosa Liste. Faschisten aller Sorten fühlen sich in dem rechtskonservativen Umfeld, das die CSU-Herrschaft schafft, sehr wohl. Fazit: Wer rechtsradikale Gewalttäter bekämpfen will, muss die Hintermänner in München und Oberbayern mit bekämpfen.

Münchens rechter Rand – die Hintermänner der Skinheads und Neonazis – Drahtzieher in Münchens braunem Netz

Die rechtsradikalen Strukturen der neuen Bundesländer werden von München und Oberbayern aus aufgebaut und finanziert. Seit der steigenden Bedeutung der neuen Bundesländer für die rechtsextremen Parteien und Vereinigungen ist die Bedeutung Münchens – wie für alle westdeutschen Städte – für die rechtsextreme Szene zwar gesunken; dennoch ist München als ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ für alle, die versuchen, eine inhaltliche und gedankliche Brücke zum „3. Reich“ herzustellen, von besonderer Bedeutung. Auch die Tatsache, dass die nationalsozialistische Bewegung in München groß wurde, wird immer wieder herausgestellt. So gab es wiederholte Versuche, an den Jahrestagen einen „Marsch auf die Feldherrnhalle“ zu wiederholen. (...) Von München aus wird bundesweit rechtsradikale Hetze betrieben. In München und Umgebung sitzen die rechtsradikalen Biedermänner und überschwemmen Deutschland mit rechtsextremen Brandsätzen und rechtsradikalen Strukturen. Vielleicht wollen diese im Hintergrund und betont intellektuell arbeitenden Rechtsradikalen auch Ruhe haben in München, damit sie nicht Zielscheibe polizeilicher Maßnahmen werden. Mit der heutigen (10.8.) Rundfahrt wollen wir einige bekannte und unbekannte Vereinigungen und etwas vom braunen Netzwerk zeigen. Rechtsextremes Gedankengut in den Köpfen der Skinheads fällt nicht vom Himmel, sondern es wird bewusst erzeugt – und es wird auch und gerade in München erzeugt. Von München und Oberbayern aus werden die rechtsradikalen Strukturen aufgebaut und gefestigt. Wer die rechtsradikalen Strukturen und Gewalttäter bekämpfen will, muss auch die Hintermänner in München und Oberbayern mit bekämpfen.

Die Rundfahrt:

1. Criticon-Verlag, Knoebelstraße 36 (Redaktion ist derzeit in Bonn); **Criticon** hat eine Auflage von 8.000 bis 10.000 Exemplaren vierteljährlich und gilt als rechtsintellektuelle Theoriezeitschrift. Herausgeber ist Caspar von Schrenck-Notzing, der immer eine rechtsextreme Parteigründung gefordert hat. Dementsprechend hat Criticon sich 1989 für die *Republikaner*, 1992 für die *Deutsche Soziale Union DSU*, 1994 für den *Bund freier Bürger* ausgesprochen.

2. Parteizentrale des Bundes freier Bürger; Thierschstraße 3. Noch existiert der

Bund freier Bürger, hat aber einen Auflösungsbeschluss zum 31.12.2000. Dies bedeutet aber nicht das Ende der rechtsradikalen Tätigkeit. Im Gegenteil. Der Auflösungsbeschluss ist eine der Vorbedingungen für die „**Deutsche Aufbau-Organisation**“. Unter Federführung des inzwischen bekennenden Rechtsradikalen Alfred Mechttersheimer sollen

- der dann ehemalige *BfB*
- die *Freiheitliche Deutsche Volkspartei* (FDVP), (die Abspaltung der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt,)
- die *DSU*
- das *Friedenskomitee 2000* bzw. die *Deutschland-Bewegung* bzw. Alfred Mechttersheimer sowie offensichtlich
- Franz Schönhuber und
- die *Deutsche Liga für Volk und Freiheit* um Harald Neubauer

zu einer neuen Organisation, der **Deutschen Aufbau-Organisation**, verschmolzen werden.

3. Der Witikobund, Redaktion des „**Witikobriefes – Mitteilungsblatt der nationalen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft**, Triftstraße 1. Der *Witikobund* wurde 1949 gegründet und hat derzeit ca. 1.000 Mitglieder. Das Handbuch *Deutscher Rechtsextremismus* schreibt u.a.: „Der *Witikobund* versteht sich als national-konservative Strömung innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Gegründet wurde er insbesondere von alten Nationalsozialisten...Der *Witikobund* versteht sich als „nationale Gesinnungsgemeinschaft“, als geistige Elite, die dazu berufen ist, die Vertriebenenverbände auf eine völkisch-deutschnationale Linie auszurichten ... Der *Witikobund* will keine Massenorganisation sein, sondern arbeitet nach Art einer konspirativ abgeschotteten Kaderorganisation.“ (S. 364/365) Zur Bedeutung des *Witikobundes* schreibt das Handbuch: „Mitglieder des *Witikobundes* arbeiten in einer Vielzahl von rechtsextremen und „neu-rechten“ Organisationen, Zeitungen und Verlagen an führender Stelle mit. ... Der *Witikobund* ist traditionell stark rechtsextremistisch durchsetzt.“ (S. 366)

Erwähnt werden sollte noch, dass der *Witikobund* auch Veranstaltungen im „*Haus des Deutschen Ostens*“ (Hochstraße 8) durchführt, welches vom Freistaat Bayern mit jährlich 1,5 Millionen Mark bezuschusst wird.

4. Parteizentrale der Republikaner; Nailastraße 5: Die *Republikaner* verfügen bundesweit noch immer über 12.000 –

15.000 Mitglieder. Ein Republikaner ist noch im Stadtrat vertreten. Derzeit ist noch immer der seit 1990 beschlossene Abgrenzungskurs gegenüber NPD, DVU und anderen rechtsextremen Parteien gültig. Dieser soll aber aufgeweicht werden. Der derzeitige Bundesvorsitzende, Dr. Schlierer, versucht, eine Annäherung an andere rechtsextreme Parteien aufzuhalten. Eine Öffnung ist aber absehbar: Schlierer musste in den letzten Wochen bereits Kontakte zur DVU und Harald Neubauers Deutsche Liga für Volk und Heimat tolerieren. An der Aschermittwochsveranstaltung bei Landshut (Geisenhausen) nahmen ca. 800 Personen teil. Die Republikanische Jugend unterhält freundschaftliche Kontakte zum rechtsextremistischen „Vlaams-Block“. Franz Schönhuber, der frühere Bundesvorsitzende, war übrigens Hauptredner bei der Republikanischen Jugend Hessens am 7. Mai. Hier hat er sich für eine Vereinigte Rechte stark gemacht.

5. Burschenschaft Danubia, Danubienhaus: Möhlstraße 21; Gegründet 1848, wiedergegründet 1949. Die *Münchner Burschenschaft Danubia* ist Mitglied der Deutschen Burschenschaft, wo sie zum äußersten rechten Rand gehört. 1989 findet im *Danubienhaus* die Gründung des (kurzlebigen) *Republikanischen Hochschulverbandes (RHV)* statt, des Hochschulverbandes der Partei *Die Republikaner*. In der Festschrift zum 140. Stiftungsfest 1988 heißt es zur Diskussion um die Größenordnung der Massenmorde an Juden im Nationalsozialismus, dass die *Danubia* eine Diskussion darüber für legitim hält, denn „die Quantität spielt gerade hier eine enorme Rolle, da sie sich unmittelbar in Qualität umsetzt.“ Die Schuld des „Dritten Reiches“ am Ausbruch des 2. Weltkrieges wird bestritten, und die Nürnberger Prozesse „können wegen der Fragwürdigkeit des Verfahrens nicht als Beweise dienen“. (ebda.) Weiterhin heißt es in dieser Festschrift: „Der Gefahr der Nivellierung der europäischen Völker, ja der Gefahr der Verwandlung der europäischen Bevölkerung in einen kosmopolitischen Menschenbrei (womöglich in rosarotter Sauce) muss entgegen gewirkt werden...“ Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre kurzfristige Mitarbeit in der Partei die Republikaner. Das Handbuch *Deutscher Rechtsextremismus* schreibt: „Die *Danubia* muss als rechtsextreme Kaderniederlage für den Hochschulbereich bezeichnet werden. ... Ihre Mitglieder beteiligen sich an zentralen Projekten des bundesdeutschen Rechtsextremismus...“ (S. 324)

Außerhalb der Reihe und angesichts der Vorbeifahrt an der Bayerischen Staatskanzlei und am Franz-Joseph-Strauß-Haus in der Nymphenburger Straße **zwei Anmerkungen zur Rolle der CSU.** Zum einen: Ohne die CSU ins rechtsextreme Lager stellen zu wollen, muss angemerkt werden, dass die CSU

durch ihr Hofieren des Rechtsradikalen *Jörg Haider* und seiner *FPÖ* geholfen hat, die *FPÖ* auf internationaler Ebene salonfähig zu machen. Die CSU lässt jede Abgrenzung zur FPÖ und deren Inhalten vermissen – so wird Rechtsextremismus in die Mitte der demokratischen Gesellschaft geholt. Besonders seltsam wird das Verhalten der CSU, wenn der bayerische Innenminister Beckstein im Halbjahresbericht des bayerischen Verfassungsschutzberichtes schreibt: „Von der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) erhoffen sich deutsche Rechtsextremisten Impulse für eigene politische Ziele.“ Das sollte der CSU, aber besonders Stoiber und Beckstein und auch Singhammer, der Haider unbedingt nach München einladen wollte, doch Rückschlüsse auf ihr eigenes Verhalten ermöglichen. Zum zweiten: nur wer das Ausländer- und Asylrecht humanisiert, wird dem Rechtsradikalismus wichtigen Nährboden entziehen.

6. Der Münchner Bürgerverein e. V., gegründet 1977; Der *Münchner Bürgerverein e. V.* tritt seit 1999 in München in Erscheinung. Er hält seine Veranstaltungen im Intercity-Hotel im Hauptbahnhof ab. Der Verein existiert bereits seit 23 Jahren. Gegründet wurde er unter anderem von dem Altnazi Karl Günther Stempel. Karl Günther Stempel war u. a. Präsident des „*Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes*“, welches vom Verfassungsschutz als „zahlenmäßig stärkste rechtsradikale Gruppierung nach der NPD“ bezeichnet wurde. Der *Münchner Bürgerverein* hält im Sommer 1999 eine Veranstaltung mit dem *Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub* ab. Im Frühjahr 2000 muss eine Veranstaltung mit Dr. Hans-Peter Uhl („Bericht aus dem Reichstag“) ausfallen, nachdem der Auftritt Uhls bekannt wird. Angekündigt werden die Veranstaltungen des Münchner Bürgervereins u. a. im *Ostpreußenblatt* und auf den Internetseiten der *Deutschland Bewegung Alfred Mechttersheimers*.

Außerhalb der Reihe: 2000 jährt sich zum zwanzigsten Mal der rechtsextreme **Anschlag auf das Oktoberfest.** Es ist der bisher größte und brutalste rechtsextremistische Bombenanschlag in der BRD. Obwohl der Täter Gundolf Köhler jahrelang Mitglied der „*Wehrsportgruppe Hoffmann*“ gewesen ist und eine Reihe von Zeugen mindestens zwei Männer am Tatort gesehen haben, wurde von Seiten der Staatsanwaltschaft daran festgehalten, dass es sich um einen Einzeltäter gehandelt hat. *Man müsste mal eine Geschichte der rechtsextremen Einzeltäter schreiben.*

7. Skinheads, rechtsextreme Jugendliche. Nach Aussage des Bayerischen Verfassungsschutzes gibt es in München ca. 200 Skinheads. Eine der Hochburgen der Skinheads in München liegt in Neuhausen, Nymphenburg. Treffpunkte sind im Hirschgarten und am S-Bahnhof Laim,

wo es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen von rechtsradikalen Jugendlichen kommt. Zuletzt am 22.1.2000: 20 Skinheads greifen am Bahnhof Laim sieben Ausländer an und verletzen diese.

Insgesamt wird die Zahl der Skinheads in Bayern auf 650 – 750 Personen geschätzt. In Neuhausen und Nymphenburg gibt es eine Reihe von Szenetreffs, die aber immer wieder wechseln. Am 25. Juni 2000 schoss ein Skinhead in Planegg auf seine Freundin. Am 5.2.2000 schoss ein Skinhead in Aichach bei Augsburg auf einen ungarisch-stämmigen Deutschen. Dies veranlasst den bayer. Verfassungsschutz festzustellen: „*Rechtsextremisten in Bayern beschaffen Waffen und halten sie vorrätig.*“

8. Das Nationale Info Telefon NIT Bayern. Das *Nationale Info Telefon Bayern* ist ein Ansedienst, der von Neuhausen aus betrieben wird. Von einem Band können die neuesten Infos aus der rechtsextremen Szene abgehört werden. Betrieben wird es vermutlich von Friedhelm Busse, einem der bekanntesten Münchner Neonazis. Das Telefon ist seit ca. 10 Tagen nicht abrufbar. Gründe hierfür sind nicht bekannt.

9. Rechtsextreme Bands/rechtsextreme Musik. Rechtsextreme Bands versuchen seit ca. zwei Jahren verstärkt, über das Musikangebot in die Dark-Wave und Gothic Szene einzudringen. Darbietungen in kaum veränderten SS-Uniformen gehören genauso zum Auftritt wie rechtsradikale Texte. Im Jahr 1999 konnte eine Aufführung in einem Münchner Freizeitheim nach Diskussionen mit den Betreibern abgesagt werden. Die Grünen im Rathaus haben diesen und andere Versuche rechtsradikaler Gruppen in München, Aufführungsorte zu finden, zum Anlass genommen, das Jugendamt nach ihrem Umgang mit diesen Gruppe zu befragen. Die Antwort ist für den Herbst versprochen.

10. Außerhalb der Route: Die NPD Landeszentrale Bayern in Sinning bei Ingolstadt. 4000 Teilnehmer konnte die NPD beim „2. Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai in Passau (Nibelungenhalle) mobilisieren. Zitat aus dem neuesten Bayerischen Verfassungsschutzbericht: „Mit dieser Veranstaltung ist es der NPD erneut gelungen, ein breites rechtsextremistisches Spektrum aus dem In- und Ausland zu mobilisieren.“ (S. 10)

Die JN, *Junge Nationaldemokraten*, die Jugendorganisation der NPD, versucht die Meinungs- und Aktivitätsführerschaft bei den jungen Neonazis und Skinheads zu erhalten. Fünf von zwölf Mitgliedern des Bundesvorstandes der JN sind aus Bayern. JN hat das Ziel, in München die Freizeitheime für ihre Zwecke zu mißbrauchen und dort anzuwerben, Belege hierfür gibt es aber noch keine. Die JN hat behauptet, sie würde in München ein eigens Nationales Jugend-

zentrum führen, ruft hierfür zu Spenden auf und es gibt eine eigene Homepage der JN-München: www.JN-muenchen.de

Die JN und die NPD haben erfolgreich Kader aus aufgelösten und verbotenen Gruppierungen (Nationaler Block, Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front etc.) zu binden verstanden. Die Neonazis und Skinheads dominieren das öffentliche Erscheinungsbild bei Demonstrationen etc.

11. DVU, Deutsche Volksunion, Bundeszentrale Paosostraße 2. Eigentlich müsste die DVU nach *Gerhard Frey* genannt werden, da alles in der DVU auf die Person Freys hinausläuft. Von der Paosostraße aus werden die bundesweiten Geschicke der DVU im Sinne Freys gelenkt. Wer in Sachsen-Anhalt für die DVU im Landtag sitzt und was diese von sich geben dürfen, wird in der Paosostraße festgeschrieben. In der Paosostraße befinden sich auch die Redaktionen der *Deutschen National-Zeitung* sowie der *Deutschen Soldaten-Zeitung*. Der Bundesparteitag der DVU findet regelmäßig im Mathäser im Hasenberg statt.

Laut Finanzbericht hat die DVU 1999 drei Millionen Mark an Spenden vereinbart. Ansonsten lebt sie von Frey, dem sie elf Millionen Mark schuldet. Nach den Erfolgen der DVU – teilweise gemeinsam mit der NPD, als *Liste D* – in Bremerhaven 1991 (10,26%), der Landtagswahl in Schleswig-Holstein (6,3%) wurde es zunächst ruhiger. Bei der letzten Landtagswahl konnte die DVU aber mit 14 Abgeordneten ins Landesparlament von Sachsen-Anhalt einziehen. (Wobei die Fraktion inzwischen gespalten ist. (s. o: Freiheitliche Deutsche Volks Partei und Deutsche Aufbau-Organisation). Die DVU versteht sich als Sammlungsbewegung und vertritt rechtsextremistisches Gedankengut. Sie wendet sich gegen eine Vermischung der Völker. Sie ist streng deutschnational ausgerichtet. Aufgrund der immensen Summen, über die Frey verfügt, gelingt es der DVU immer wieder, Wahlerfolge zu erringen. Von der Paosostraße in München geht die stärkste Unterstützung für die rechtsextremistische Szene in den neue Bundesländern aus.

12. Michael Kühnen Versand, Postfach 1749, 82159 Gräfelfing/Freizeitverein Isar 96 e. V. Die organisierten Rechtsradikalen sind nach Ansicht des Verfassungsschutzes in München derzeit eher untätig. Wer die Homepage des *Michael Kühnen Versandes* in Gräfelfing ansieht, kann dies nicht bestätigen. Hier hat sich eine Gruppe gefunden, die weitgehend identisch sein dürfte mit dem im Verfassungsschutzbericht 2000 aufgeführten Freizeitverein Isar 96 e. V. Ein Verein von alten Mitkämpfern Michael Kühnens. Hier haben die organisierten Neonazis wieder eine Basis für rechtradikale Aktivitäten gefunden.

Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender B90/Die Grünen – Rosa Liste München

Kurze Prozesse?

Verfolgung kurz vor Torschluss, Beschwerden vor dem Europäischen Gerichtshof stehen an

Innerhalb von zwei Tagen wurden in Schwerin Prozesse gegen frühere Offiziere der DDR-Grenztruppen eröffnet. Ein ähnlicher Prozess begann in Magdeburg. Den Angeklagten, die heute zwischen 56 und 72 Jahren alt sind, wird vorgeworfen, sich des Totschlags oder des versuchten Totschlags, schwerer und gefährlicher Körperverletzung schuldig gemacht zu haben. Sie waren in unterschiedlichen Positionen als Kommandeur oder Stabschef, als Kompaniechef oder als Zugführer tätig und hätten sich im Sinne der Anklage an der Auslegung von Minenfeldern an der Staatsgrenze der DDR zur BRD beteiligt.

Einige Monate vor den Einheitsfeiern wird von den Staatsanwaltschaften die letzte Munition aus der Schublade gezogen. Jagt sie die Beklemmung, nach zehn Jahren könnten diese Handlungen verjährt sein und somit nicht mehr unter die Kuratel der BRD-Justiz fallen? Wie anders ist zu erklären, dass aufs Tempo gedrückt wird, um die Prozesse zu Ende zu bringen. Bekannt wurde auch, dass unter Zusicherung einer Bewährungsstrafe von höchstens 18 Monaten der 1. Große Strafsenat des Landgerichtes Magdeburg einen 62-jährigen DDR-Offizier veranlasste, sich zu äußern. Das ist Nötigung, denn der Mann sagte aus, und sollte er verurteilt werden, dann nur deswegen. Der einzige Zeuge der Anklage, dem 1962 ein Bein durch eine explodierende Mine abgerissen wurde, sagte vor Gericht, dass er keinen Groll gegen den Angeklagten habe, denn er könne nichts dafür.

Zehn Jahre nach der Einheit kann der Kammervorsitzende in Schwerin sagen: Man werde „nicht tagelang Geschichtsforschung“ betreiben und „kurze Prozesse“ anstreben. In der Tat: kurze Prozesse! Prozesse im Sinne der Siegerjustiz, wie sie nun schon seit Jahren üblich sind.

Die DDR-Grenzer handelten nach Befehl. Ihre Schuld besteht wohl doch zuerst darin, diese Befehle nicht ignoriert zu haben. Für die Beurteilung, ob Handlungen von Bürgern der DDR in der DDR Straftaten waren und in der DDR nicht verfolgt wurden, ist laut Einigungsvertrag und Einführung zum Strafgesetzbuch allein DDR-Recht entscheidend. In diesen Prozessen wird diese Tatsache ganz offensichtlich gröblichst unterschlagen. In vielen vorangegangenen Prozessen wurde festgestellt, dass Befehle, die Grenzsicherung der DDR betreffend, aus Moskau

kamen. Die Grenze zwischen der DDR und der BRD war die zwischen zwei hochgerüsteten Militärallianzen, sie hatte ausgesprochen militärischen Charakter. Und nun steht ein Zugführer vor Gericht, dem die Geschichte zweier sich feindlich gegenüberstehender Regime vorgeworfen wird. Und die Anklage ignoriert einfach grundlegende Gesetze und Regeln. Sie handelt blind – oder unwissend? Jedenfalls zeigt das Herangehen Ignoranz und letzten Willen zur Verurteilung ehemaliger DDR-Bürger.

Als Randnote: Die Prozesse finden in Ländern statt, die von einer Koalition, an der die PDS beteiligt ist, regiert wird. Diese blieb bisher sprachlos.

Für Aufregung in bundesdeutschen Ländern sorgte allerdings eine Stellungnahme aus Moskau: Von dort wurde angemahnt, frühere hohe Amtsträger der DDR gerecht zu behandeln. Moskau zeige sich beunruhigt über die Strafverfolgung sowie politische und soziale Diskriminierung ehemaliger führender Politiker. So die „Welt“, die den Sprecher des russischen Außenministeriums Jakowenko zitierte. Moskau hoffe – so der Sprecher – dass die deutsche Justiz sich nicht von antikommunistischen „ideologischen Kriterien aus der Zeit der Systemkonfrontation“ leiten ließe. Ein Sprecher der Bundesregierung wies die Kritik zurück und betonte, dass die Justiz „unabhängig“ sei. Es handele sich „um die Aufarbeitung von strafrechtlich relevanten Sachverhalten.“

Interessant nun nächste Ereignisse: Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beginnt am 8. November die Verhandlung über Beschwerden von vier in politischen Strafverfahren Verurteilten, die wegen tödlicher Folgen des DDR-Grenzregimes geführt wurden. Beschwerden liegen vor von Egon Krenz, Heinz Keßler, früherer Verteidigungsminister, Fritz Strelitz, dessen Stellvertreter, und dem früheren Grenzer Karl-Heinz Winkler. Die ersten drei wurden zu Haftstrafen bis zu sieben Jahren verurteilt.

Nun wird der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entscheiden, ob die BRD-Justiz „unabhängig“ ist und ohne politische Diskriminierung Verfahren durchführte. Möglicherweise bleibt Moskau auch zukünftig nicht schweigsam und bringt seine Mahnungen an die BRD-Justiz vor.

Der 10. Jahrestag der Einheit ist nicht mehr weit. abe



In den kommenden Ausgaben wollen wir unter der Sammelüberschrift „Arbeiten ohne Ende“ Berichte aus verschiedenen Betrieben dokumentieren. Den folgenden Beitrag haben wir aus dem „Kommunalen Alltag“, Heilbronn, Nr. 6-8/2000 übernommen.

(Menschen)verarbeitendes Gewerbe:

Arbeiten ohne Ende

Wir berichteten vor ca. zwei Jahren über den erfolglosen Widerstand gegen die Einführung von 12-Stunden-Schichten bei TEMIC. Im folgenden dokumentieren wir eine Leserschrift von betroffenen Beschäftigten an die *metall*-Redaktion, die sich mit den Erfahrungen und Auswirkungen dieser 12-Stunden-Schichten befasst.

Liebe IG-Metall-Redaktion, wir Kolleginnen und Kollegen aus der Produktion bei TEMIC/ATMEL in Heilbronn bitten euch um Unterstützung, denn: DIE LA-GE IST BEÄNGSTIGEND!!!

Dabei geht es um verschiedene Arbeitszeit-Modelle. Im Augenblick haben wir zwei verschiedene Modelle:

Zwei Drittel der Produktion arbeitet in einem 12-Stunden-Modell, das wie folgt aussieht: 3 Tage Arbeit, 3 Tage frei, Wochenende Samstag/Sonntag inklusive. Die Frühschicht geht von 6 bis 18 Uhr, die Nachtschicht von 18 bis 6 Uhr!

Eine Stunde ist Pause, eine Stunde wird auf ein Arbeitszeit-Konto gutgeschrieben. Ergibt laut Geschäftsleitung eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden, effektiv sind es jedoch 11 Stunden, wenn man rechnen kann.

Ein Drittel arbeitet in einem anderen Modell, genannt Hitachi-Mix. Grob gesagt funktioniert dieses Modell folgendermaßen: Es ist ein 3-Wochenrhythmus, 2 Wochen wird normal gearbeitet, 1 Woche ist frei! Nach der freien Woche beginnt die Arbeit am Samstag, wobei das Wochenende auch 12 Stunden gearbeitet wird, an Werktagen wird aber nur 8 Stunden gearbeitet. Größtenteils ist Wechselschicht Früh/Spät angesagt.

Die Nachtschicht arbeitet 3 Tage, dann 3 Tage frei, wobei auch hier gilt, 12 Stunden nur Samstag/Sonntag, werktags 8 Stunden.

Dies wurde eingeführt, um die Produktion 24 Stunden pro Tag bei 7 Tagen die Woche aufrecht zu erhalten, selbstverständlich beinhaltet dies auch sämtliche Feiertage, dies sei Standard in der Halbleiter-Industrie. So weit, so gut, seit 2 1/2 Jahren wird das so praktiziert.

Zu den Arbeitsbedingungen gibt es Folgendes zu sagen: Wir arbeiten im Reinraum mit Mundschutz, die Frischluftzufuhr beträgt 10% bei ständigem Luftzug von oben nach unten. Durch den Mundschutz haben wir aber gar keine 10% Frischluft, da wir auch unsere verbrauchte Atemluft mit einatmen.

Nun zum Kern des Problems:

Die Geschäftsleitung hätte gerne nur noch ein Arbeitszeit-Modell, wobei sie für das 12-Stunden-Modell plädiert. Begründet wird das mit größtmöglicher Flexibilität, weitere wirtschaftliche Begründungen gab es nicht, im Gegenteil, bei außerordentlichen Versammlungen

der Geschäftsleitung hat sich diese in große Widersprüche verstrickt. Die Leute aus dem Hitachi-Mix-Modellen sollen gezwungen werden, im 12-Stunden-Modell zu arbeiten.

Allerdings sind nach 2 1/2 Jahren die Folgen des 12-Stunden-Marathons nicht spurlos vorübergegangen, weder für die Menschen noch für die Firma.

Da bekanntermaßen kein Mensch dieser Erde 11 Stunden konzentriert arbeiten kann, ist der Produktionsausfall angestiegen. Wir haben versucht, dies der Geschäftsleitung klar zu machen, als Antwort hieß es, das wissen wir nicht! Nun wollte die Geschäftsleitung den Ausfall wieder senken, dies wurde versucht, indem die Leute, die Ausschuss produziert haben, bei der Geschäftsleitung vorreiten mussten, mit Androhung einer schriftlichen Verwarnung, sollte weiterer Produktionsausfall folgen. Bei den Gesprächen wurde gelegentlich aber schon gleich am Anfang klargestellt, dass als Grund für den Ausschuss alles in Frage käme, nur die lange Arbeitszeit nicht.

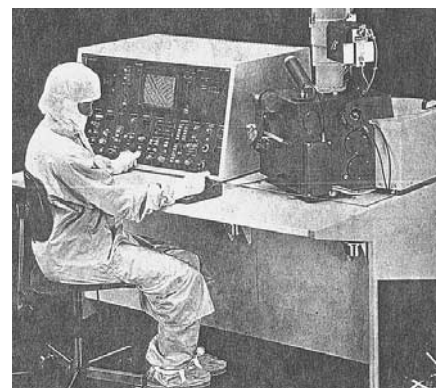
Der Erfolg dieser Aktion: Der Ausfall ist nicht weniger geworden, die Leute sind aber verunsichert und haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Bei Betriebsversammlungen wird dann aber der hohe Produktionsausfall dementiert.

Ein Kollege wurde wegen Arbeitskräftemangel gebeten, 2 Tage zusätzlich zu arbeiten, am fünften Tag ist es dann passiert: Ausschuss, vorreiten beim Chef, schriftliche Abmahnung.

Alterserscheinungen sind den Leuten im 12-Stunden-Modell deutlich anzusehen. Viele von ihnen sind dann auf Freizeit ausgewichen, die, die es sich finanziell nicht leisten konnten, haben als einzige Alternative 6 Tage Arbeit à 6 Stunden angeboten bekommen. Die haben jetzt gar kein freies Wochenende mehr. Laut Geschäftsleitung soll dieses aber doch wieder abgeschafft werden, wobei eine alternative Vollzeitleistung noch nicht mitgeteilt wurde.

Nach Aussagen von Kolleginnen und Kollegen ist der Krankenstand wesentlich höher geworden, weshalb es schwierig geworden ist, die angefallene Freizeit zu nehmen, da sie im Zweifelsfall nicht genehmigt wird.

Die Flexibilität der Geschäftsleitung sieht dann eher so aus: Nach abgerackerten 12 Stunden wird man abends



zu Hause durch Telefonanrufe belästigt, es heißt dann, der Kollege von der Nachtschicht ist krank oder hat Freizeit, die Produktion steht, ob man nicht noch mal kurz kommen könne!!!

Ganz zu schweigen davon, dass die Kolleginnen und Kollegen durchaus gefragt werden, ob sie nicht an einem ihrer freien Tage kommen könnten. Dies führte dazu, dass es durchaus Leute bei uns gibt, die schon 9 Tage am Stück die 12 Stunden gearbeitet haben. Das übersteigt jedoch deutlich die gesetzlich vorgeschriebene maximale Wochenarbeitszeit.

Teilweise wurde auch von Kollegen berichtet, dass sie ihre Freizeit nur durch Erpressung bekommen: Wenn du an diesen Tagen frei haben willst, dann musst du an anderen freien Tagen kommen.

Für das generelle Problem der Freizeit scheint aber mittlerweile eine Lösung in Sicht: Beim Auslaufen der Tarifverträge wird die 38-Stunden-Woche angestrebt!

In drei Fällen von Ehescheidungen ist bekannt, dass das 12-Stunden-Modell daran nicht unbeteiligt gewesen ist. Von der Geschäftsleitung heißt es in diesen Fällen, wenn die Ehe schlecht ist, kann die Arbeitszeit daran auch nichts ändern.

Die Aggression der Leute hat deutlich zugenommen (...).

Viele Mitarbeiter(innen) haben Freunde verloren, weil sie keine Zeit mehr haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Während den 3 Tagen Arbeit bleibt eben der Haushalt liegen, der muss in den drei freien Tagen erledigt werden. So bleibt für soziale Kontakte relativ wenig Spielraum übrig.

Auch VHS-Kurse können nicht mehr besucht werden, denn auf so eine Arbeitszeit sind die nicht eingestellt, für normale Wechselschicht gibt es jedoch genügend Angebote.

Ein generelles Problem, das beide Schichtmodelle betrifft, ist die Krankenstelle. Die ist an Wochenenden und Feiertagen nicht besetzt, auf die Frage, wie man sich im Falle einer Verletzung verhalten soll, hörten wir, wir sollen zum Pförtner gehen. Sind die Leute vom Werkschutz medizinisch ausgebildet?

Lange Rede, kurzer Sinn: Viele sind unzufrieden, keiner traut sich aber, was zu sagen, resigniert sagen viele, wenn das schon kommt, muss ich eben in Teilzeit gehen, obwohl ich es mir eigentlich nicht

leisten kann, aber es bleibt nichts anderes übrig. Dies kann alles nicht im Sinne der Arbeiter(innen) liegen.

Nun sind jedoch wir aus dem Hitachi-Mix von unserem Arbeitszeit-Modell vollkommen überzeugt, was durch eine Umfrage des Betriebsrates vor zwei Jahren auch bestätigt wurde. Das Ergebnis dieser Umfrage: Auf die Frage, wie komme ich mit meiner Arbeitszeit zurecht, antworteten im 12-Stunden-Modell ca. 50%, dass sie zurecht kämen, im Hitachi-Mix waren es 80%! Dies sind eigentlich deutliche Zahlen. Wie würde das Ergebnis heute aussehen, wenn nicht fast 50% der 12-Stunden-Produktion Teilzeit arbeiten würde?

Nachdem bekannt wurde, dass das Hitachi-Mix abgeschafft werden soll, haben wir mit unserem Betriebsrat einen Termin vereinbart, wo wir unsere Meinung vorgetragen haben. Er sicherte uns zu, sich dafür einzusetzen, dass das Mix-Modell erhalten wird, jedoch ohne Erfolg, wie sich bei den außerordentlichen Versammlungen der Geschäftsleitung herausgestellt hat.

Wir baten danach um einen weiteren Termin, um unserer Meinung etwas Nachdruck zu verleihen, leider wurde jedoch der Betriebsrat deutlich: „Ihr habt gut für eure Sache gekämpft, aber wir werden euch jetzt nicht mehr weiter unterstützen. Es ist ein Unterschied, ob 30% der Leute vergewaltigt werden oder 70.“

Dabei übersieht er jedoch, dass es im 12-Stunden-Modelle viele Leute gibt, die viel lieber das Hitachi-Mix arbeiten würden, die werden jetzt ein zweites Mal vergewaltigt (ganz zu schweigen von denen, die nie vom 12-Stunden-Modell überzeugt waren, die es aber zwangsläufig von Anfang an machen mussten). Er fragt die Leute ja auch nicht, wenn aus dem 12-Stunden Modell einer kommt und jammert, bietet er vielmehr eine Teilzeitleistung an, anstatt zu fragen, ob das andere Modell nicht besser wäre. Wenn er sich das eine oder andere Mal im Reinraum blicken lassen hätte und mit den Leuten geredet hätte, würde er erkennen, dass die Stimmung und Motivation ≤ 0 ist.

Der Betriebsrat hat seine Haltung damit begründet, dass die Geschäftsleitung ihm ein sogenanntes „Paket“ für Teilzeitleösungen angeboten hat. Es beinhaltet Abfindungen für diejenigen, die in Teilzeit gehen, mit der Option, nach einer bestimmten Frist (z. B. 5 Jahre) wieder in die 12-Stunden-Vollzeit zurückzukehren, ohne etwas von der Abfindung zurückbezahlen zu müssen. Auf die Frage, ob wir denn jetzt unseren Arbeitsplatz an die Geschäftsleitung verkaufen müssen, um ihn zu erhalten, bekamen wir zur Antwort: „Selbstverständlich, anders ist das Problem ja nicht zu lösen.“

Und weiter: Der Betriebsrat wird nichts ablehnen, wofür die Geschäftsleitung bereit ist, Geld auszugeben. Der Verhandlungs-Spielraum für dieses Paket sei ein wenig eng, meinte er, aber er könne nicht hergehen und sich die Rosinen

Die Geschichte der Arbeitszeit ... und der Traum vom zweiten Leben!

Ja, Ja ... das waren noch Zeiten, als die Kinderschufteten, die Alten 48 Stunden und mehr schafften, das Wochenende erst am Samstag gegen Abend begann sowie das Girokonto für viele unbekannt und der Begriff eines Arbeitszeitkontos noch in keinem Wörterbuch zu finden war.

Dann ging es schrittweise voran bzw. mit der Arbeitszeit zurück. 48 Stunden, 45 Stunden, 40 Stunden, 38 Stunden bis hin zu der damals magischen Zahl 35 Stunden pro Woche. Und das war gut so.

Der Unterschied zwischen der festgeschriebenen und der wirklichen Arbeitszeit wurde allerdings bei vielen Beschäftigten immer größer. Die Arbeiter arbeiteten nach wie vor 40 Stunden und die 5 Stunden kamen und kommen auf das neu eingeführte Arbeitszeitkonto, das Freischichtkonto genannt wurde. Auf diesem Konto können keine Stunden verfallen. Die Angestellten und Teile der Arbeiter jedoch hatten und haben Gleitzeit und ein Gleitzeitkonto. Da es auf diesem Konto Grenzen des Guthabens gibt und dies monatlich bilanziert wird, kommt es zum Verfall von Stunden. Der Begriff von Zeitkonten taucht also in dem Maße auf, indem die tariflichen und die tatsächlichen Arbeitszeiten auseinanderklaffen. Hunderte von Stunden tummeln sich auf so manchen Freischichtkonten, die darauf warten, abgefeiert zu werden. Andererseits sind es Tausende von Stunden, die verfallen, weil sie, aus welchen Gründen auch immer, nicht genommen werden.

Was tun?

Anstatt den Ursachen nachzugehen und danach zu schauen, dass der Unterschied zwischen der tatsächlichen und tariflichen Arbeitszeit nicht ständig aus-

gedehnt wird, schleicht sich der Begriff der Langzeitkonten ein. Wenn die Guthabenstunden innerhalb von 4 Wochen nicht genommen werden bzw. ausgeglichen werden können, dann muss dies halt in einem Jahr möglich sein und schon ist das Jahreskonto eingerichtet.

Dies kann dann ausgedehnt werden auf ein 2-, 3- oder 4-Jahreskonto. Es mehrten sich allerdings die Stimmen, die sagen, dass es Bereiche gibt, in denen auch in einem so langen Zeitraum der Zeitausgleich schwerlich zu realisieren sei. Also wird der vorläufig längste Ausgleichszeitraum herangezogen, die Lebensarbeitszeit, und somit sind wir beim Lebensarbeitszeitkonto. Flexibel durchs Arbeitsleben, so heißt die Parole. Zwischen 25 und 40 wird rangeklotzt, jagt ein Projekt das andere, ist der 10- oder 11-Stunden-Tag die Regel um dann ein- oder ein-einhalb Jahre früher in Rente zu gehen. Aktien bei der Bank und ein volles Arbeitszeitkonto in der Schublade, was will ein Arbeitnehmerherz noch mehr?

Sollte die Praxis zeigen, dass auch dies nicht möglich ist, dann ist das Problem nur noch überirdisch regelbar – ein zweites Leben muss her, um die geleisteten Zeiten des ersten Lebens auszugleichen! Dafür ist dann allerdings nicht mehr die Personalabteilung zuständig. Dazu ist ein Joint Venture mit dem lieben Gott notwendig. Aber auch das ist ja in Zeiten der Globalisierung, der grenzüberschreitenden Aktivitäten und eines permanent präsenten Vorstandsvorsitzenden kein Problem mehr, denn Global Player, die nur auf die Erde schielen und nicht das gesamte Universum im Blick haben, werden den Überlebenskampf verlieren. Halleluja!

(aus Scheibenwischer Juli/Aug., Zeitung der IG Metall bei Daimler-Crysler, G. Rathgeb, IG-Metall-Betriebsrat)

aus dem Paket herauspicken und die unakzeptablen Lösungen nicht akzeptieren. Für Facharbeiter, sprich: Service-Personal, gibt es dieses Paket nicht, da in diesem Bereich der Personal-Notstand außerordentlich hoch ist. Da heißt es, Augen zu und durch.

Da es, so wie es scheint, keinen Ausweg aus dieser Situation gibt, überlegen sich natürlich schon einige eine Teilzeitleistung auf Abfindungs-Basis, wobei jedoch diese Kolleginnen und Kollegen auch nicht verschweigen, dass sie dann aus der IGMetall austreten werden, da sie viel lieber eine akzeptable Vollzeit-Lösung bevorzugen. Eine Arbeitnehmer-Vertretung, die gegen sie arbeitet, brauchen sie nicht, so ihre übereinstimmende Argumentation.

Uns will der Betriebsrat dann klar machen, das Bestmögliche erreicht zu haben, und redet am Jahresende von guter

Betriebsratsarbeit. Dabei ist alles schlechter geworden, aber wir sollen das Gefühl haben, dabei noch etwas erreicht zu haben (die Betriebsvereinbarung zum 12h-Modell ist mittlerweile von beiden Seiten unterzeichnet!!!).

Darum, liebe IGM, lieber DGB, bitten wir euch um Hilfe, denn das 12-Stunden-Modell kann nicht das Arbeitszeit-Modell der Zukunft sein. In harten Auseinandersetzungen haben sich unsere Ahnen den 8-Stunden-Tag erkämpft, bei uns wird er mit Hilfe des Betriebsrates nun wieder abgeschafft, wobei diesem durchaus bewusst ist, das alles, was wir hergeben, nie wieder zurückbekommen. Mitarbeiter der Fa. Temic Semiconductors Heilbronn

P.S. Per Email wurde uns später vom Betriebsrat zugesichert, für jeden Einzelnen von uns eine individuelle Lösung zu finden. •

Verhärtete Fronten

Ver.di ohne
ÖTV?

Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, soll der ÖTV-Vorsitzende Ende Juli auf der Hauptvorstandssitzung vertreten haben und somit das Ende von ver.di. Und es sollen die ehrenamtlichen Mitglieder gewesen sein, die ihn davon abhielten, damit vor die Presse zu gehen. In der Tat, die Fronten von ver.di-Befürwortern und ver.di-Gegnern sind festgefahren. Dabei finden in der Praxis bereits viele gemeinsame Projekte statt, und vielen wäre es undenkbar, mit der Kooperation wieder aufzuhören und auf Konfrontation zu gehen. Und letzteres wäre zwangsläufig die Folge, weil eben durch die Veränderungen in der Arbeitswelt die Grenzen der Organisationsfelder verwischen. Diejenigen in der ÖTV, die sich für ver.di bereits jetzt stark engagieren, wollen sich beim Verfehlen der 80%-Marke nicht damit abfinden, sondern überlegen offensichtlich, wie sie trotzdem bei ver.di mitmachen können. Eine bedrohliche Situation für die ÖTV. Der folgende Beschluss des DPG-Hauptvorstandes gibt die gegenwärtige Situation gut wieder und legt die Überlegungen der vier anderen Gewerkschaften offen. (har)

DPG-Hauptvorstand setzt weiterhin auf
Reformprojekt ver.di

1. Die geplante Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist die richtige gewerkschaftspolitische Antwort auf die radikalen Umbrüche und Strukturveränderungen im Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. (...).
2. Die Eckpunkte des Zielmodells und die in der Mitgliederversammlung der Gründungsorganisation ver.di beschlossenen Dokumente sind ein gutes Fundament für die neue Organisation. Sie haben allen Gewerkschaften – auch der DPG – ein hohes Maß an Komplexität und Reformwillen abverlangt.
3. Den beteiligten Gewerkschaften war bekannt, dass die Schaffung der ver.di ein enormer Kraftakt ist. Fünf unterschiedliche Gewerkschaften in Größe, Organisation, Tradition und Kultur wollen gleichberechtigt eine stärkere Arbeitnehmerorganisation schaffen. Dass es in dem Prozess zu Belastungen, Schwierigkeiten und Problemen kommt, ist selbstverständlich und wurde von Anfang an so erwartet.
4. Der Hauptvorstand der DPG ist besorgt über Entwicklungen in der ÖTV. Der Vorsitzende Herbert Mai erklärte Ende Juli, „dass die Zustimmung zu ver.di seit dem März dieses Jahres nicht gestiegen ist und dass sich der ver.di-Prozess in

einer schwierigen Phase befindet“. Erst auf dem Gewerkschaftstag im November 2000 wird die ÖTV abschließend entscheiden, ob sie im März 2001 die ver.di mit aus der Taufe hebt.

Der DPG-Hauptvorstand unterstützt die Mehrheit in der ÖTV, die engagiert und konstruktiv für die Neuausrichtung der Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich eintritt. Gleichzeitig appelliert er an die Minderheit, angesichts der historischen Bedeutung der Schaffung von ver.di die Blockadehaltung aufzugeben und zielführend die Gründung von ver.di mit vorzubereiten.

5. In Wahrnehmung seiner gewerkschaftspolitischen Verantwortung und vor dem Hintergrund des einstimmigen Kongressvotums erklärt der DPG-Hauptvorstand, dass eine inhaltliche Veränderung der gefassten Beschlüsse durch Nachverhandlungen für die DPG nicht in Betracht kommt. Die vereinbarten Ergebnisse müssen die Grundlage für die Gründung von ver.di sein. Die DPG sieht sich hierin auch in Übereinstimmung mit der DAG, der HBV, der IG Medien und der Mehrheit der ÖTV.

6. Auch dürfen die Entwicklungsmöglichkeiten, die die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft eröffnet hat, nicht aufgegeben werden. Gemeinsame Projekte, z.B. in den Branchen Logistik, Telekommunikation und Finanzdienstleistungen, laufen erfolgreich und dürfen nicht zurückgedreht werden. Gleiches gilt für die gute Zusammenarbeit der ver.di-Gewerkschaften vor Ort und beispielhaft bei Frauen, Jugend und Senioren.

7. An dem Gründungsdatum für ver.di im März 2001 hält die DPG fest. Mit einer zeitlichen Verschiebung wäre nichts gewonnen.

8. Für den Fall, dass die ÖTV die notwendige Mehrheit nicht erreicht, plädiert der Hauptvorstand der DPG dafür, mit der DAG, der HBV und der IG Medien zunächst ohne die ÖTV das Projekt einer neuen Dienstleistungsgewerkschaft zum Erfolg zu führen. Entsprechende Schritte der vier Gewerkschaften sind umgehend einzuleiten. Damit einhergehend ist es notwendig, die organisationspolitische Kultur im DGB weiter zu entwickeln, um Konfrontation zu vermeiden und von der Konkurrenz zur Kooperation zurückzukehren. Darüber hinaus muss eine enge Verzahnung von ver.di und ÖTV selbst dann praktiziert werden, wenn sich die ÖTV im Frühjahr 2001 an der Gründung der ver.di wegen der Blockade durch eine Minderheit nicht beteiligen kann.

9. Der Hauptvorstand fordert die Mitglieder der DPG auf, den ver.di-Prozess zielführend mitzugestalten. Dazu gehört die Diskussion der vorgelegten Ergebnisse der Gründungsorganisation ver.di (insbes. Satzung und Budgetierungsrichtlinie) wie auch der notwendigen Schritte, um – ggf. auch unter veränderten Bedingungen – ver.di im März 2001 als Mitgliederorganisation zu gründen.

(Frankfurt am Main, 4.8.2000)

BDA hält Tariftreue-Erklärungen
nicht für nötig.

– HB, Montag, 7.8.2000. – Der BDA ist gegen Forderungen der Gewerkschaften, öffentliche Aufträge z.B. im Baubereich von Tariftreue-Erklärungen der Unternehmen abhängig zu machen. Lediglich die Einhaltung der Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz könne den Unternehmen vorgeschrieben werden, wie es ja auch Wirtschaftsminister Müller in dem Gesetz zur Bekämpfung illegaler Praktiken im öffentlichen Auftragswesen vorhabe.

BDI warnt vor Kosten der LKW-Maut.

– BDI-Chef H.-O. Henkel hatte dem Kanzler die Sorge übermittelt, der Wirtschaft würde bei weiterer Finanzierung der Infrastruktur zusätzliche Belastungen aufgebürdet. Insbesondere die Erhöhung der LKW-Gebühren auf 25 Pfennig pro gefahrenem Kilometer würde die Transportkosten alleine bei der Nutzung von Lastkraftwagen über 12 Tonnen um jährlich 5 bis 6 Mrd. DM erhöhen. Dies könnten weder die Unternehmen im Transportgewerbe noch die Industrie verkraften.

Lehrer sollen in den Ferien Computer-
kurse besuchen.

– D. Hundt, BDA-Präsident, fordert, den Lehrern zwei Wochen Ferien zu streichen und sie stattdessen zum Beispiel in Computerkurse zu schicken. – HB, Mittwoch, 9.8.2000. – Bundesbildungsministerium und Deutscher Philologenverband haben dagegen die Computerkenntnisse von Lehrern verteidigt.

BDI kritisiert Gebührenpläne für Internet-
Nutzung.

– HB, Mittwoch, 9.8.2000. – Die Einführung von Rundfunkgebühren für multimediale Computer mit Rundfunk- und Fernsehempfang sei kontraproduktiv, erklärte der BDI. „Neue Abgaben blockieren die Verbreitung der Informationstechniken“ warnte Hauptgeschäftsführungsmitglied C. Krecklau. Diejenigen Bundesländer, die auf erhebliche Mehreinnahmen zu Gunsten der Rundfunkanstalten hofften, würden damit gestärkt.

BDA fordert Verlängerung des Be-
schäftigungsförderungsgesetzes.

– HB, Freitag/Samstag, 11./12.8.2000. – D. Hundt appelliert an die Bundesregierung, die Erlaubnis für befristete Arbeitsverhältnisse zu verlängern, ohne auf einen Gewerkschaftskonsens zu warten. Nach dem Gesetz können Unternehmen Beschäftigte mehrfach bis zu 24 Monate befristet einstellen, auch wenn kein sachlicher Grund wie z.B. eine Schwangerschaftsvertretung vorliegt.

Presseauswertung: rst

Leitantrag

**an den Cottbuser Parteitag der Par-
tei des Demokratischen Sozialismus**

**Entwurf von Gabi Zimmer,
Dietmar Bartsch
und Roland Claus**

1. Die PDS ist gegenwärtig mit ernststen Problemen konfrontiert. Wir sind dabei, sie zu lösen. Mit dem Gesicht zu den Menschen heißt für uns auch, ehrlich, offen und öffentlich mit den eigenen Fehlern und Defiziten umzugehen. Kein Maßstab ist für uns wichtiger als der, einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten, damit die realen sozialen, politischen und anderen Probleme der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland angesprochen und die dringend notwendigen Veränderungen in der Politik dieses Landes durchgesetzt werden. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Es bleibt dabei:

- Existenzsichernde und zukunftsfähige Arbeitsplätze für Millionen Menschen müssen her!
- Jedes Kind und alle Jugendlichen müssen gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung erhalten! Jeder junge Mensch hat das Recht auf einen Ausbildungsplatz! Kein Unternehmen hat das Recht, sich der Finanzierung von Zukunft zu entziehen!
- Soziale Sicherheit muss zukunftsorientiert neugestaltet werden, aber es gibt nichts Moderneres, nichts Zukunftgerechteres als solidarische gesellschaftliche Finanzierung sozialer Sicherheit!
- Wir wollen ein Land, wir brauchen ein Land, in dem Neofaschismus gesellschaftlich geächtet ist und in dem niemand ausgegrenzt und die Menschen- und Bürgerrechte für alle respektiert werden!
- Ostdeutschland will nicht Chefsache sein, sondern selbst Chef seiner Angelegenheiten werden können. Zehn Jahre Arroganz und Ignoranz sind genug!
- Deutschland und Europa brauchen keine deutsche und keine europäische Interventionsarmee, keine europäische Militärblockbildung!

2. Die Schröder-Fischer-Regierung hat die Hoffnungen und Versprechungen, der Regierungswechsel würde einen Politikwechsel einleiten, enttäuscht. Wir neh-

Kommentar

Mit dem nachstehend dokumentierten „zum Cottbuser Parteitag beginnt die PDS die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes. Die PDS beginnt ihre Diskussion frühzeitig, und das ist auch nötig, denn es ist noch allerhand offen, besonders, wie die Partei sich und anderen die Probleme erklärt, sie benennt. So kommt es zu einer undifferenzierten Auseinandersetzung mit Rot-Grün. Die Regierungspolitik zielt darauf ab, durch Senkung der Steuerlasten bei den natürlichen und juristischen Personen die Wirtschaft so zu beleben, dass die Staatseinnahmen insgesamt zunehmen und die Interventionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand (Stichworte Infrastruktur, Modernisierung, Bildung) wachsen. Die PDS hatte dem eine Konzeption von Staatsinterventionen entgegengesetzt, die durch Steuer auf hohe Einkommen und Vermögen finanziert werden sollte. Das war ihre Alternative, und diese Alternative hält sie im neuen Leitantrag prinzipiell durch; praktisch allerdings hat sich die PDS mit der rot-grünen Steuerreform arrangiert. (s.a. PB 15/2000, S.14). Wird es bei der Rentenreform anders ausgehen? In dem Antragstext kriti-

siert die PDS an der Regierungspolitik vor allem, dass sie traditionelle sozialdemokratische Ziele und Werte aufgeben und den Sozialstaat zu Gunsten einer sozial begleiteten Variante des „amerikanischen“ Kapitalismus und der wirtschaftsliberal geprägten „Globalisierung“ grundsätzlich in Frage stelle. Ungefähr dieser Gedankengang hat die Linke in der SPD bereits in die Bedeutungslosigkeit geführt; sollte man nicht lieber mal nachdenken, wieso die Zweifel wachsen, dass die „Umverteilung durch den Staat“ ein Weg in eine bessere Zukunft sein kann? Die PDS, die sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit vorstellt, befindet sich an einem gefährlichen Punkt. Niemand zweifelt an ihren guten sozialen Absichten, aber wer nimmt ihre (bundes)politischen Vorschläge ernst? Wahrscheinlich kann der Partei und ihren Gremien auch gar nichts Überzeugendes einfallen, nicht, so lange sie auf der Konfliktlinie operiert, „traditionelle sozialdemokratische Ziele und Werte“ entgegen dem Gang der sozialdemokratischen Politik zu reklamieren. - In Sachen Sozialpolitik hat die PDS immerhin die Chance, auf ihre sozialpolitische Praxis in den Gemeinden und den Ländern zurückzugreifen, und die Wählerschaft wird sie eher daran messen als an bundespoliti-

men diese Hoffnungen der Menschen auf. Wir wollen keine alte und keine neue Mitte, und schon gar nicht eine Regierung, die sich aktiv an einem Angriffskrieg beteiligt hat. Wir wollen, dass der Umbruch dieses Landes, Europas und der weltweiten Beziehungen genutzt wird für eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit, für eine Politik, die soziale Ausgrenzung und gesellschaftliche Zersplitterung verhindert und einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft auf solidarischer Grundlage anstrebt, für eine Politik, die ihre eigene Kapitulation vor den Unternehmerverbänden, dem Weltmarkt und den Großbanken beendet und die demokratische Gesellschaft gegenüber der Wirtschaft und dem Geld stärkt. Dieser Politikwechsel steht aus.

Die PDS wird sich nicht in ideologischen Diskussionen und Selbstbeschäftigung erschöpfen, sondern den Kampf darum führen, dass der von Sozialdemokratie und Grünen versprochene, aber in vielfacher Hinsicht ausgebliebene Politikwechsel in Deutschland möglich und nachgeholt wird. Mit einer entschiedenen Hinwendung zu realer Politik, zum wirkungsvollen Eingreifen in die konkreten sozialen und politischen Auseinandersetzungen in Deutschland und in der Europäischen Union werden wir unseren Platz als demokratische sozialistische Partei für Millionen Menschen kenntlich machen.

3. Wir gehen in den Wahlkampf 2002 als die linke Opposition im Bundestag, als

gesellschaftspolitische Opposition zum Marktliberalismus, gleich ob unter konservativem oder sozialdemokratischem Vorzeichen, als Partei konsequenter sozialer Gerechtigkeit und als Antikriegs- und Friedenspartei, als die sozialistische Partei Deutschlands.

Unsere Ziele bei den Wahlen 2002 sind eindeutig:

Erstens: Der Deutsche Bundestag braucht eine starke linke Opposition! Wir wollen mit fachlicher, politischer und sozialer Kompetenz und einer bei den Wahlen weiter gestärkten PDS dazu beitragen, dass die noch nicht ausreichend bestehenden politischen und geistigen Voraussetzungen für einen Politikwechsel geschaffen werden. Es geht darum, den gesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung so zu vergrößern, dass mittelfristig in Deutschland ein Mitte-Links-Block unter Einschluss der PDS möglich und eine Wende zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Reformpolitik realisierbar wird.

Zweitens: Wir wollen mit mehr als sechs Prozent der Stimmen und trotz veränderter Wahlkreise mit mindestens drei Direktmandaten in den nächsten Bundestag einziehen. Damit der Osten zehn Jahre nach der staatlichen Vereinigung endlich Gehör findet, nehmen wir den Kampf um den zweiten Platz im ostdeutschen Parteiensystem aktiv auf. In Ostdeutschland streben wir mindestens jede vierte Stimme, in Westdeutschland 2 Prozent der Zweitstimmen an. Der große gesellschaftliche Veränderungsbedarf ver-

schen Programmen, und man darf hoffen, dass die politischen Interessen, die sich auf diesen Ebenen bilden, zu Anforderungen an die Bundespolitik führen. Dafür spricht auch die immerhin deutliche Aussage, Ostdeutschland wolle nicht mehr „Chefsache“ sein, sondern selbst „Chef seiner Angelegenheiten“ werden, wirtschaftspolitisch setzt man also strategisch nicht mehr auf Umverteilungen und Zuschüsse von „Oben“ und „Außen“.

Neben dem sozialpolitischen Anliegen ist der Leitantrag von der Erkenntnis geprägt, dass die faschistischen Formierungsprozesse abgewehrt werden müssen und dass sie einen Nährboden in einer ausländerfeindlichen Grundhaltung haben, die durch die europäische Abschottung und entsprechende Äußerungen von CDU und SPD Politiker genährt wird. Hier hat die PDS eine Möglichkeit, klarer und deutlicher zu werden. Sie kann die Notwendigkeit der Gleichstellung thematisieren und gleiche Menschen- und Bürgerrechte einfordern. Es ist doch ohne Zweifel so, dass der Erfolg der von den äußersten Rechten eingeforderten und von der CSU und CDU dann wahr gemachten Anti-Doppelpass-Kampagne die Faschisten zu ihren Schandtaten ermutigt. Die Frage des

Bleibe- und Aufenthaltsrechts, der Niederlassung, des Erwerbs der Bürgerrechte einschließlich Pass müssen präzise thematisiert werden, es gibt Übereinstimmungen mit Rot-Grün, und es gibt die Notwendigkeit, eine rot-grün-rote Mehrheit zu schaffen, die in dieser Frage nicht mehr einknickt.

Leider thematisiert der Leitantrag nicht die Frage, ob und wie es möglich wird, die Militarisierung der europäischen Politik aufzuhalten. Es soll hier nicht die Aussage herabgemindert werden, dass die PDS dagegen ist und dagegen hält, aber es wären doch Aussagen zu konkreten Problemfeldern deutscher Außenpolitik sinnvoll. Immerhin arbeitet die deutsche Politik weiter an der Destabilisierung der Balkanländer, besteht die Situation des Militär-Protektorates und lauern die Westmächte auf weitere Chancen zum Eingreifen, immerhin rüstet die BRD weiter die Türkische Republik – wenn die PDS die Konfliktpunkte nicht benennt und Differenzen klarstellt, kann sie in der öffentlichen Meinung nichts bewirken, sonst aber besteht durchaus die Chance, in den herausziehenden Wahlausinandersetzungen durch die öffentliche Meinung auf die Kräfteverhältnisse in der SPD und bei den Grünen Einfluss zu nehmen. *maf*

langt eine durchsetzungsfähige sozialistische Partei. Deshalb ist für uns auch der Kampf um den dritten Platz im bundesdeutschen Parteiensystem von weiterer Bedeutung und – wie die Wahlen 1999 gezeigt haben – ein realistisches Ziel.

Drittens: Bei den ostdeutschen Landtagswahlen, beginnend in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2002, will die PDS ihren Stimmenanteil und ihre Möglichkeiten für eine konsequente Vertretung ostdeutscher Interessen ausbauen. Vorbehaltlich der Entscheidungen durch die Wählerinnen und Wähler sowie die Landesorganisationen der PDS bietet die Partei des Demokratischen Sozialismus der SPD die Zusammenarbeit in den ostdeutschen Ländern mit dem Ziel an, mit allen Kräften um einen grundlegenden Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Situation in Ostdeutschland zu ringen. Für uns ist das nicht nur eine notwendige Absicht, sondern ein Ziel, das sich mit der PDS erreichen lässt. Ohne das weiterhin ernste Ausmaß der Probleme zu beschönigen, weisen wir darauf hin, dass das von einer SPD-PDS-Koalition regierte Mecklenburg-Vorpommern als einziges ostdeutsches Bundesland auf Anzeichen einer Trendwende verweisen kann. Stieg die Arbeitslosenquote dort 1995 bis 1998 von 15,3 auf 19,2 Prozent, so gab es 1999 erstmals wieder einen Rückgang – auf 18,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen konnte von 18,2 auf 15,9 Prozent gesenkt werden. Diese ersten Erfolge waren nicht primär Ergebnis ver-

stärkter Sozialtransfers, sondern einer Wende im Wirtschaftswachstum im allgemeinen (1,7 % gegenüber 0,8% 1998 und 1,2% 1997) und einer positiven Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes insbesondere (bundesweiter Spitzenplatz mit plus 6,9 %).

Viertens: Die Partei des Demokratischen Sozialismus betrachtet ihre kommunalpolitische Verankerung als eine entscheidende Grundlage einer bürger-nahen Politik von links. Diese Kompetenz wollen wir umfassend nutzen, damit die Veränderung der Politik von unten kommen kann, in der Gesellschaft, in den Ländern und nicht zuletzt in der PDS. In unserer politischen Strategie werden wir den Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen sowie den Direktwahlen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern größte gemeinsame Aufmerksamkeit schenken und darum ringen, unsere kommunalpolitische Stärke vor Ort zu behaupten und auszubauen sowie in Mecklenburg-Vorpommern den ersten Landrat der PDS in Deutschland zu stellen.

4. Die Partei des Demokratischen Sozialismus ist im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz zu einer stabilen Größe im deutschen Parteiensystem geworden. Ihre politische Isolierung in der Bundespolitik ist weitgehend überwunden. Sie ist die linke Opposition im Bundestag, ein unverzichtbares Korrektiv zur Politik der

alten und neuen Mitte, des wirtschaftsliberalen Mainstreams, dem sich alle anderen Bundestagsparteien unterworfen haben. Im Europäischen Parlament ist die PDS im ersten Jahr ihrer Präsenz zu einer von Freund und Feind respektierten Kraft geworden. In Ostdeutschland ist sie ein durch niemanden zu ignorierender Machtfaktor. Sie ist eine wichtige und akzeptierte Partnerin der alten und neuen sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, vieler politischer und kultureller Initiativen und des außerparlamentarischen Widerstandes gegen Marktradikalismus, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Militarismus, Rassismus und Neofaschismus geworden. Die PDS hat begonnen, auch in Westdeutschland die politische Isolation zu verlassen.

Die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 1998 durch die PDS war nicht nur für die PDS selbst, sondern für das gesamte politische System der BRD eine Zäsur. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten hat Deutschland wieder eine sozialistische und kapitalismuskritische Partei, die in der Lage ist, die Politik dieses Landes wirkungsvoll und nachhaltig zu beeinflussen. Zum ersten Mal, seit die SPD ihre sozialistischen und antikapitalistischen Positionen aufgegeben hat, hat Deutschland eine demokratische sozialistische Partei.

Die PDS hat das erste Jahrzehnt ihrer Existenz als eine Partei abgeschlossen, die den Bruch mit der undemokratischen Praxis der SED unumkehrbar gemacht hat. Sie hat aus ihrer Geschichte umfassend gelernt und wird selbstkritisch und selbstbewusst zugleich die Erneuerung der Partei und der sozialistischen Bewegung insgesamt fortsetzen. Weder Verklärung noch Totalkritik der DDR werden von der PDS akzeptiert. Unsere kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Fehlern ist nicht zuletzt eine Grundlage für unsere politische Auseinandersetzung mit der Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die ungeheuren und letztlich existenziellen sozialen und politischen Probleme der Gegenwart und Zukunft zu lösen.

Die PDS ist die einzige Partei, die seit 1990 ostdeutsche Interessen und Erfahrungen konsequent vertreten hat. Auch zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung sind die Bundesrepublik und ihre Gesellschaft sozial, wirtschaftlich und politisch gespalten durch eine Vereinigungspolitik, die machtpolitisch und kapitalorientiert geprägt war und ist, sowie durch die Ignoranz der westdeutschen Parteien und Eliten gegenüber ostdeutschen Lebensläufen, dem Reichtum ostdeutscher Kultur und den Möglichkeiten, positive soziale und andere Ergebnisse der DDR-Gesellschaft für die Entwicklung der Bundesrepublik aufzunehmen. Es ist nicht zuletzt ein Verdienst der PDS, wenn in Ostdeutschland neues Selbstbewusstsein und neue Chancen entstanden sind, diese Interessen endlich wirkungsvoller und zukunftsorientiert zur Gel-

tung zu bringen. So ist die PDS in der Tat die authentische linke ostdeutsche Volkspartei und wird es bleiben. In dieser Funktion wird die PDS von Millionen Menschen wahrgenommen und anerkannt.

5. Spätestens seit den Bundestagswahlen 1998 steht die PDS jedoch vor der prinzipiellen und komplexen Aufgabe, den Platz als moderne, demokratische sozialistische Partei Deutschlands nicht nur im eigenen Selbstverständnis, sondern in den Augen der Bürgerinnen und Bürger real und mit politischer und sozialer Kompetenz einzunehmen. Gesellschaft

und Politik dieses Landes brauchen eine solche Partei, benötigen dringend ein sozialistisches Korrektiv zur Politik der rosa-grünlichen Regierung,

– eine Partei, die konsequent eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Chancengleichheit, der gesellschaftlichen Solidarität und des Widerstands gegen soziale und jede andere Ausgrenzung vertritt und in der Lage ist, dieses Leitbild mit den aktuellen und künftigen Umwälzungen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in den internationalen Beziehungen und in der Kultur und Lebensweise zu verbinden,

– eine Partei, die sich dem Privatisierungs- und Deregulierungsfundamentalismus der anderen Bundestagsparteien verweigert und dafür eintritt, den immer spekulativeren, sozial-, umwelt- und wirtschaftsfeindlichen Charakter des gegenwärtigen Finanzsystems zu verändern,

– eine Partei, die den so dringenden sozial-ökologischen Umbau nicht dem Katzbuckeln vor den großen internationalen und deutschen Konzernen opfert und sich dafür stark macht, ihn mit ostdeutschen Erfahrungen, Erfordernissen und besonderen Möglichkeiten zu verbinden und zu beginnen,

– eine Partei, die sich mit aller Kraft für die Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union einsetzt, für starke, direkte, plebiszitäre Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, für eine Stärkung der Kommunen, für einen neuen Aufbruch im Ringen um die Gleichstellung der Geschlechter, gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung, gegen Neonazismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung und Demokratie, für demokratische Gegengewichte und Kontrolle der Wirtschaft, der Banken, Versicherungen und Anlagefonds,

– eine Partei, die unzweideutig Nein sagt zu Krieg, zu allen internationalen Bundeswehreinräumungen und zum Völkerrechtsbruch.

Die Menschen in der Bundesrepublik brauchen keine Partei, die sich in ideologischen Nischen, sektiererischer Selbstgefälligkeit oder Schlachten der Vergan-

„Sektiererische Selbstgefälligkeit“ – Einwurf an gegebener Stelle

Wer spricht denn da? Wer ist so dreist, für „die Menschen in der Bundesrepublik“ zu reden? Wo ist der Auftrag? Sind die Bürger mündig oder braucht es (selbsternannte) Vormünder? Was war denn, als die Kader wussten, was „unsere Menschen wollen“? – Selbstgefälligkeit, die zu Fall kam. Und: Wer ist gemeint? Und was? Wer anklagt, muss Sache und Person konkret machen. Sonst kann sich niemand wehren. Das ist nicht demokratisch und nicht politisch, sondern – sektiererisches Eifern.

Martin Fochler

genheit verliert, sie benötigen keine Partei, die unfähig ist, gescheiter aus gescheiterter Geschichte hervorzugehen, sie fragen nicht nach einer Partei, die mit sich selbst beschäftigt ist, sie wollen keine Partei, die Demokratie und Kultur aller und Freiheitsrechte und Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen missachtet. Eine sozialistische Partei jedoch, die die Nöte, Hoffnungen, realen Interessen und Erfahrungen der Menschen ernst nimmt, die sich aktueller und realistischer Politik ebenso verpflichtet fühlt wie der grundlegenden Erneuerung und Verwirklichung ihres sozialistischen Anspruchs, die schließlich bereit und fähig ist, ihre politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Ziele mit Andersdenkenden gemeinsam zu realisieren – eine solche sozialistische Partei findet bereits heute in der BRD ein Wählerinnen- und Wählerpotenzial von zehn Prozent vor. Wir werden darum ringen, es noch stärker als in der Vergangenheit zu erschließen. In der PDS, in der deutschen Politik, im Wahlkampf 2002.

Unser linkes, unser sozialistisches Profil und die nachgewiesene wirkliche politische und soziale Kompetenz sind die beiden Eckpunkte unseres Wahlkampfes 2002. Wenn in Deutschland, in Europa und weltweit der Marktfundamentalismus immer stärker wird und alle anderen Parteien ihm aktiv oder widerstandslos Tribut zollen, dann muss es erst recht eine Partei in Deutschland geben, die ihre Politik – ohne Wirtschaftsfeindlichkeit – nicht von den Interessen der Wirtschaft ableitet, sondern uneingeschränkt von den Interessen der Menschen, ihres Alltages und ihrer Zukunft.

Die PDS geht in den Wahlkampf 2002 als die sozialistische Partei Deutschlands, als europäische sozialistische Partei, als Partei, die die nach wie vor dramatischen besonderen Probleme in Ostdeutschland von zukunftsorientierten sozialistischen Positionen aus anspricht und den Anspruch wahrnimmt, in Westdeutschland den freien Platz einer sozialistischen, antikapitalistischen, uneingeschränkt demokratischen Partei wahrzunehmen. Hier ist die Bundesrepublik, hier springen wir!

6. Die Bundestagswahl 1998 hat der SPD einen beachtlichen Wahlerfolg und mit den Bündnisgrünen eine absolute Mehrheit im Bundestag gebracht. Nach 16 Jahren wurde der von einer großen Bevölkerungsmehrheit herbeigesehnte Regierungswechsel möglich. Wir schätzen die bisherige Regierungstätigkeit durchaus differenziert ein. Aber der von der PDS ebenso wie von Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, Menschenrechtsgruppen und vielen Wählerinnen und Wählern geforderte und von SPD und Grünen versprochene Politikwechsel blieb aus. Dessens ungeachtet hat die „rot-grüne“ Bundesregierung ihre Krise von 1999 überwunden. Sie hat mit der Einlösung einiger populärer Wahlversprechen (trotz Bruchs vieler anderer), den Plänen für die Steuerreform, Schröders Holtzmann-Deal und gewonnener Arbeitsfähigkeit ihr Ansehen in der Bevölkerung stabilisiert. Obwohl die CDU in der Lage sein könnte, ihre tiefe Krise zu überwinden, ist die Fortsetzung der gegenwärtigen Regierungskoalition über das Jahr 2002 hinaus zur wahrscheinlichen Variante geworden. Größte Unsicherheitsfaktoren für die Koalition sind die Entwicklung und die möglichen Wahlergebnisse der Bündnisgrünen, die ihre strukturellen Probleme kaum lösen werden können. Wir gehen ohnehin davon aus, dass Schröder eine Koalition mit der Partei des Marktradikalismus, der FDP, anstrebt, zumindest die Karte FDP nutzen wird, um die Bereitschaft der Grünen, die Reste ihres ursprünglichen Profils aufzugeben, weiter zu erhöhen. Die Bildung einer großen Koalition 2002 ist gleichermaßen eine reale Möglichkeit.

Gesellschaftspolitisch hat die Bundesregierung ohnehin den wirtschaftsliberalen Kurs der Kohl-Regierung nicht nur fortgesetzt, sondern ausgeweitet. Die Verteilungsungerechtigkeit nimmt zu. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erfolgt vornehmlich in Form der Durchsetzung eines Niedriglohnssektors und einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft. Der sozial-ökologische Umbau bleibt blockiert. Die herrschende Politik fährt fort, vor den Unternehmerverbänden, Konzernen und Banken zu kapitulieren, und die demokratischen Mitsprachemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger werden nicht erweitert. Es gibt keine Stärkung der Massenkaufkraft und damit der Binnenkonjunktur – wichtige Voraussetzungen für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und für mehr soziale Gerechtigkeit.

Mit dem Rücktritt Lafontaines wurden die alternativen Momente weitgehend beseitigt und die geistige und politische Defensive der politischen Linken noch deutlicher. Soziale und politische Kämpfe gegen die wirtschaftsliberale Vorherrschaft und ihre sozial zerstörerische Politik sowie gesellschaftlicher Widerstand sind in Deutschland in vielen Fällen gelähmt und unter dem Einfluss der Entsolidarisierungspolitik von Re-

gierung und Konzernen zersplittert. CDU und CSU, nicht selten sogar die FDP, versuchen sich auf der einen Seite sozialpopulistisch zu profilieren, obwohl sie in ihrer Regierungszeit den Abbruch des Sozialstaats eingeleitet hatten. Auf der anderen Seite geht von ihnen gleichzeitig starker Druck aus, die soziale Ungerechtigkeit, die Umverteilung zugunsten der Reichsten und den Liberalisierungstrend noch weiter auszudehnen.

Selbstkritisch müssen wir wie vor vier Jahren feststellen, dass die dem Neoliberalismus gegenüberstehenden Kräfte „Gefahr laufen, sich selbst durch politische Innovationslosigkeit zu blockieren“. Gesellschaftliche Konfliktlinien werden in weiten Teilen der Bevölkerung, auch unserer eigenen Wählerinnen und Wähler, weniger klar als vor der Bundestagswahl 1998 wahrgenommen. Umso wichtiger wird es für uns sein, über soziale Ursachen, Machtverhältnisse und wirtschaftliche Interessen aufzuklären. Blairs und Schröders „Dritter Weg“ ist die Aufgabe traditioneller sozialdemokratischer Werte und Ziele. Er stellt den sozialdemokratischen „Sozialstaat“ und seine Ergebnisse zugunsten einer sozial begleiteten Variante des „amerikanischen“ Kapitalismus und der wirtschaftsliberal geprägten „Globalisierung“ grundsätzlich in Frage. Die „Chef-sache“ Ost blieb ein Randproblem der Schröderschen Politik, die Deformierung ostdeutscher wirtschaftlicher, sozialer

und kultureller Entwicklung droht ebenso weiter zuzunehmen wie der wirtschaftliche Rückstand gegenüber den „alten“ Bundesländern. Mit dem Krieg gegen Jugoslawien wurde der Bruch des Völkerrechts, des Zwei-Plus-Vier-Vertrages und des Grundgesetzes in Kauf genommen. Die NATO-Militärstrategie, einschließlich ihres Konzepts für den Ersteinsatz von Kernwaffen, wurde unter Mitwirkung der Bundesregierung dramatisch und völkerrechtswidrig verändert. In der Europäischen Union wird maßgeblich durch die Bundesregierung die Errichtung einer Militärunion und eine umfassende Militarisierung mit großem Tempo vorangetrieben.

7. Seit der Bundestagswahl 1998 ist nicht nur kein grundlegender Politikwechsel erreicht worden, seine Voraussetzungen sind durch die Verfestigung wirtschaftsliberaler Politik und Kultur sowie die Abkehr der SPD und der Grünen von Positionen einer gemäßigten Kritik des globalen Neoliberalismus noch ungünstiger geworden.

Die Schröder-Fischer-Regierung hat nur wenige Erwartungen und Ankündigungen eingelöst, viele enttäuscht und auf einigen entscheidenden Gebieten ihre Vorgängerregierung negativ übertroffen. Eben diese Situation ist für uns das wichtigste Kriterium der politischen Einschätzung unserer eigenen Politik und Möglichkeiten. Die PDS selbst hat

parteipolitisch bei den Wahlen 1998/99 mehr erreicht, als man ihr gemeinhin zutraute, ihre gesellschaftspolitischen Ziele aber kann sie bisher nur in geringem Maße realisieren. Die PDS ist bundespolitisch noch unzureichend fähig, die SPD wirksam, politisch kompetent und sozial konkret unter linken Druck zu setzen.

Die PDS hatte in ihrem Beschluss zu den Bundestagswahlen 1998 „die Beendigung der Regierungsmacht von CDU/CSU und FDP“ als entscheidenden Schritt bezeichnet, um die „Blockade gesellschaftlicher Reformen durch den Neoliberalismus“ aufzubrechen. Dieses Ziel ist durch die Politik der Bundesregierung nicht erreicht worden. Seine Realisierung bleibt nichtsdestotrotz eine dringende Aufgabe. Die Bedingungen dafür hängen aber bei weitem nicht allein von der PDS ab.

Wir schätzen ein, dass die Schröder-SPD auch 2002 nicht zu einem wirklichen und umfassenden demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilen Reformprojekt bereit sein wird. In Deutschland bestehen durch den Rechtstrend der SPD und der Grünen derzeit kaum Möglichkeiten für die Bildung eines politischen Mitte-Links-Blocks. Im Gegenteil, das gesellschaftspolitische Klima ist noch ungünstiger geworden. Die „rot-grüne“ Bundesregierung hat die Koordinaten für fast alle Politik weiter nach „rechts“ gerückt. Für viele der zentralen Inhalte einer gesellschaftlichen Reformpolitik

PDS-Aufruf gegen rechtsextremistischen Terror

Nicht mit uns!

(Lothar Bisky, Gabi Zimmer)

1. Wir wenden uns an alle! Es reicht schon lange! Wie viele Opfer noch? Zivilcourage gegen Rechtsextremismus ist gefordert! Wir beantragen das Ende der Betroffenenlyrik! Handeln ist gefragt – gegen rechte Gewalt in Köpfen und Fäusten! Jeder sollte es öffentlich machen! Jeder auf seine Weise! Die volle Härte des Gesetzes soll jene treffen, die Schwächere und Ärmere terrorisieren!

Von den Landesregierungen und der Bundesregierung erwarten wir, dass sie alle Möglichkeiten – bis hin zum Verbot der NPD – prüfen, gezielt rechten Terror zu unterbinden, Nazilogik zu zerschlagen und öffentliche Finanzierungen rechtsextremer Organisationen künftig verhindern. Es darf auch keine weitere Subventionierung rechtsextremer Jugend- und Kulturarbeit geben!

Allerdings: Der Einschränkung von Versammlungs- und Demonstrationsverbot erteilen wir eine klare Absage. Die in der

Geschichte fatale Gleichsetzung von links und rechts darf kostbare demokratische Rechte nicht einengen, gar noch unter Hinweis auf Terror von rechts. Somit würde das Spiel der Rechten mitgespielt, so wie vor 10 Jahren das individuelle Asylrecht eingeengt wurde, um „den Rechten Wählerstimmen und dem Ausländerhass die Basis zu entziehen.“ Die PDS kündigt gegen die Einschränkung demokratischer Rechte Widerstand an.

2. Alle Mitglieder der PDS, Sympathisanten, Wählerinnen und Wähler sind aufgerufen, sich aktiv an der Arbeit antifaschistischer Organisationen wieder VVN-Bund der Antifaschisten, der Anti-Nazi-Netzwerke etc. zu beteiligen. Im Umgang mit dem Rechtsextremismus können besonders unsere Bürgermeister und andere Politiker in den Städten und Gemeinden ihre konkreten und vielfältigen Erfahrungen und Erlebnisse einbringen.

3. Zu einer anderen auch von uns angemeldeten Demonstration für den 27. Januar 2001 am Platz des geplanten Holocaust-Denkmal in Berlin rufen wir hiermit alle Demokratinnen und Demokraten aller gesellschaftlichen Lager und Strömungen auf, diesen Platz gegen Neonazis zu schützen, die für den gleichen Tag durchs Brandenburger Tor marschieren wollen.

4. Polizei und Staatsanwaltschaft sowie andere staatliche Institutionen sind aufgerufen, länderübergreifend eigen Kommunikationsmittel, wie Sondernottelefone; Homepage- und E-Mail-Adressen einzurichten, die über die bekannte Telefonnummer 110 hinaus Erkenntnisse über rechtsextremistischen Terror und dem Melden derartiger Vorkommnisse vorbehalten sein sollen.

5. Außerdem wird die PDS einen Aufkleber („Kein Raum für Nazis!“) und Button („Nicht mit mir!“) herausgeben, mit denen wir weit über unsere Mitglieder, Sympathisanten und Sympathisantinnen hinaus bitten, sich öffentlich als ansprechbar für Bedrohte zu zeigen.

Gleichzeitig bitten wir den Einzelhandel, Gaststätten, Zeitungsredaktionen, Kinos, Kultureinrichtungen, Cafés etc. mit entsprechenden Aufklebern deutlich zu zeigen, dass hier von Nazis gejagte und bedrohte Personen Zuflucht finden können, gleichgültig ob es sich um MigrantInnen, Obdachlose; Antifas etc. handelt.

6. Wir unterstützen den am Montag von Paul Spiegel, Michel Friedman und Uwe Karsten Heye ins Leben gerufenen gemeinnützigen Verein „Gesicht zeigen“ und werden an dessen Aktivitäten tatkräftig mitwirken.

Berlin, 9.8.00

und Ziele der PDS (Umverteilung von oben nach unten, eine sozial und ökologisch orientierte Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, eine zukunftsorientierte und selbstbewusste Entwicklung in Ostdeutschland, die Demokratisierung der Demokratie oder die Entmilitarisierung der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik) müssen die Voraussetzungen erst wieder hergestellt werden. In nicht wenigen konkreten Fragen – so nicht zuletzt gegen die hilflose Passivität des Ostbeauftragten der Bundesregierung oder im Ringen um die Stärkung plebiszitärer Demokratie und im Streit um eine Besteuerung der internationalen Spekulationsgewinne – sehen wir jedoch bereits in der Gegenwart Möglichkeiten, Mehrheiten für politische Alternativen und wirkliche Reformen zu organisieren. Sie müssen und können genutzt werden.

Erfüllungsgehilfin einer wirtschaftsliberalen SPD und ihres Weges in die „neue Mitte“ kann, will und wird die PDS nicht sein. Deshalb wird die Partei des Demokratischen Sozialismus in den Wahlkampf 2002 auch mit der klaren Aussage gehen, dass sie sich als gesellschaftspolitische und parlamentarische Opposition zur „neuen Mitte“ und deren marktliberaler Politik versteht. Es ist unser Ziel, mit der Stärkung der PDS, mit überzeugenden Beiträgen zur politischen und geistigen Auseinandersetzung, mit wirkungsvoller Unterstützung der außerparlamentarischen Bewegungen und mit Sachkompetenz im Bundestag dazu beizutragen, dass in der Legislaturperiode 2002 bis 2006 eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten einer sozial, ökologisch und demokratisch orientierten Reform der Gesellschaft erreicht wird.

8. Zwei Jahre nach dem Regierungswechsel und zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl können wir nicht anders, als noch eindringlicher zu wiederholen: „Dieses Land braucht eine neue Politik.“ Anders als 1996 müssen wir nicht mehr feststellen: „Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit und der Vollbeschäftigung ist kein Anachronismus.“ Wurden wir in der Vergangenheit mit unserem Festhalten an solchen Zielen belächelt, so haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten und die sozialdemokratischen Parteien diese Forderung inzwischen übernommen. Wir betrachten das durchaus als einen Erfolg, zu dem die Linke beigetragen hat. Doch in erster Linie handelt es sich seitens der europäischen Regierungen und der deutschen Bundesregierung um den Versuch, populär gewordene Ziele verbal zu okkupieren, ohne sie gesellschaftlich zu realisieren. Das sozialdemokratische Europa Blairs und Schröders stößt daher bereits jetzt an seine Grenzen und erweist sich als zukunftsuntaugliche Variante des globalen Wirtschaftsliberalismus, der

Entmachtung der Politik, der Demokratie, der Bürgerinnen und Bürger und der sozialen Verpflichtung der Gesellschaft durch die einseitige Orientierung an Weltmarktkonkurrenz und Kapitalverwertung. Was wir feststellen müssen, ist eine Politik der Bundesregierung, die penibel die Forderungen der Unternehmerverbände abarbeitet. Arbeitslosigkeit soll durch ein langfristig illusionäres und ökologisch unverantwortbares undifferenziertes Wachstum und durch den Beschäftigungsschub der elektronischen Revolution erreicht werden, der nicht weniger Arbeitsplätze vernichtet als erschafft. Prekäre Arbeitsverhältnisse und die Akzeptanz eines breiten Niedriglohnssektors sollen nach amerikanischem Vorbild die Arbeitslosigkeit statistisch bereinigen. Eine noch tiefer gespaltene Gesellschaft ist der Preis dafür, den die sozial Schwächeren bezahlen sollen und den wir niemals akzeptieren werden.

Die von den Unternehmerverbänden, der Bundesregierung und der Europäischen Union betriebene „Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme“ weist in die gleiche Richtung. Den Gewinnern der wirtschaftlichen Modernisierung wird mit der Privatisierung von Alters- und Gesundheitsvorsorge die Aussicht auf die Abkoppelung vom sozialen Abbauprozess geboten, den Verlierern droht die soziale Ausgrenzung und die von der Politik betriebene Entsolidarisierung durch die Gesellschaft.

Empörend ist die auch unter der sozialdemokratisch-grünen Bundesregierung fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben. Noch nie wurde so viel gesellschaftlicher Reichtum in so wenigen privaten Händen konzentriert wie heute. Das Geldvermögen in Deutschland hat sich inzwischen auf 7000 Mrd. DM erhöht. Bei 4 Prozent der Bevölkerung liegen 50 Prozent dieses Reichtums. Wenig davon wird investiert, sehr viel spekulativ genutzt und vermehrt. Mit der Steuerreform wird dieser Prozess fortgesetzt. Gleichzeitig wird Deutschland so wenig Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Theater und Orchester haben wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Erhöhung des Kindergeldes war zweifellos ein wichtiger Schritt, aber angesichts der allgemeinen Situation und der Politik der Bundesregierung ist Kinderreichtum in dieser Gesellschaft die wichtigste Ursache von persönlicher Armut. Uneingelöst ist das Wahlversprechen der Regierungsparteien, mit einer Umlagefinanzierung der Ausbildung nicht nur allen Jugendlichen eine Ausbildungschance zu geben, sondern die gesellschaftlichen Kosten gerechter zu verteilen. Der soziale und ökologische Umbau der Gesellschaft braucht eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, braucht eine Umverteilung von oben nach unten. Die großen Vermögen in diesem Land sind das Hätschelkind auch sozialdemokratisch-grüner Politik. Sie sind nicht Ergebnis eigener Arbeit, sondern immer mehr Re-

sultat staatlicher Enteignung der Arbeitenden und der sozial Unterprivilegierten sowie der staatlich geförderten internationalen Devisen- und Aktienspekulation. Diese großen Vermögen dürfen verteilungspolitisch nicht länger ein Tabu sein, und in anderen Ländern sind sie es nicht, wenn es darum geht, die existenziellen Aufgaben und Reformen des Gemeinwesens zu finanzieren. Gleichermaßen ist es nicht hinzunehmen, dass die internationalen Finanzspekulationen steuerfrei sind, zumal sie zunehmend zur Bedrohung für realwirtschaftliche Vernunft werden.

Der so viel beschworene sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Lebensweise muss gerecht finanziert und konsequent eingeleitet werden. Massenarbeitslosigkeit darf nicht durch soziale Deklassierung von Millionen Menschen bekämpft werden. Es sind wahrhaft moderne Erfordernisse und realistische Vorstellungen, Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung humaner zu gestalten und gerecht zu verteilen sowie mit einem dritten Wirtschaftssektor öffentlich geförderter Beschäftigung in sozialen, ökologischen und kulturellen Dienstleistungen Millionen neue, sinnvolle und dringend notwendige Arbeitsplätze zu schaffen. In solchen Zusammenhang gehört auch die Stärkung der Massenkaufkraft der Bevölkerung. Die Reduzierung von Sozialleistungen, der Ausfall der Nettolohnanpassung bei Renten, die geringen Lohnsteigerungen in neuen Tarifverträgen erreichen ebenso das Gegenteil wie die unsoziale Verteuerung des Gesundheitswesens und die sogenannte ökologische Steuerreform. Sie ist weder ökologisch, noch wirtschaftlich, und schon gar nicht sozial. Selbst in den USA und in Großbritannien gab es im vergangenen Jahr Lohnsteigerungen von über 3 bzw. über 5 Prozent. Deutschland dagegen verharnte trotz starker Gewerkschaften bei 1,8 Prozent, von denen die Inflation 1,4 Prozent entzog.

Wir haben in zahlreichen anderen Fragen prinzipielle Kritik an der Bundesregierung, eine muss hervorgehoben werden: Wenn alle Bundestagsparteien ihre Bestürzung und Empörung über den immer gewalttätigeren Neofaschismus in Deutschland und die Tatsache äußern, dass insbesondere in Ostdeutschland rechtsextreme und ausländerfeindliche Orientierungen in der Jugend zu einem Massenphänomen geworden sind, so sind uns solche Bekundungen bei weitem nicht genug. Neonazis darf in der Tat kein Fußbreit dieser Gesellschaft überlassen werden! Es gibt eine individuelle Verantwortung einer und eines jeden, und es gibt eine gesellschaftliche Verantwortung, die keine Form von Rechtsextremismus rechtfertigt, aber ohne die er nicht nachhaltig zurückgedrängt werden kann. Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit kommen aus der Mitte der Gesellschaft und der Politik. Sie werden durch europäische Abschottungspolitik

des „Schengenlandes“ ebenso wie durch die Anti-Asylpolitik und –propaganda (un-)verantwortlicher Politiker von SPD und CDU/CSU und den skandalösen Zustand der Bildungspolitik ebenso gefördert wie durch die soziale Perspektivlosigkeit, die viele Jugendliche persönlich oder in ihrem Umfeld erleben. Die PDS wird gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus mit allen demokratischen Kräften zusammen gehen, aber sie wird niemals darauf verzichten, auch die gesellschaftlichen Ursachen anzusprechen und zu bekämpfen.

Zwei Jahre sozialdemokratisch-grüner Bundespolitik haben den politischen Platz links von der SPD dramatisch vergrößert. Für uns ist das keine Genugtuung, aber eine Verantwortung, die wir wahrnehmen werden. Letztlich hat sich gezeigt, dass eine starke und kompetente sozialistische Partei gegenüber „Rot-Grün“ nicht weniger wichtig ist als gegenüber CDU/CSU und FDP.

9. Wichtigstes parteipolitisches Ziel der PDS im Wahlkampf 2002 ist der Wiedereinzug in den Bundestag mit einer gestärkten Fraktion. Wir werden mit der Unterstützung der gesamten Partei auch um Direktmandate in Berlin und anderen Bundestagswahlkreisen ringen, nicht zuletzt als Ausdruck der besonders festen Verankerung der PDS und ihrer Politikerinnen und Politiker in der Bevölkerung.

Über die PDS hinaus geht es uns darum, die politischen und geistigen Voraussetzungen für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland zu schaffen. Die deutliche Stärkung der Partei des Demokratischen Sozialismus ist dafür eine unerlässliche Bedingung. So wie wir uns selbst sagen, dass wir in einer Gesellschaft, die eine demokratische sozialistische Partei so dringend wie noch nie benötigt, kein Recht haben, uns mit uns selbst zu beschäftigen oder gar die Existenz und den politischen Einfluss dieser Partei zu gefährden oder gefährden zu lassen, so sagen wir auch allen jenen, die zweifeln, dass die PDS und insbesondere eine alternative demokratische und soziale Politik in Deutschland ihre kritische Solidarität und Mitwirkung benötigen.

Die PDS wird daher auch 2002 ohne Parteigoismus und Sektierertum mit Listen antreten, die für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten mit und ohne PDS-Mitgliedskarte offen sind. Die PDS hat dafür viele qualifizierte eigene Mitglieder und will darüber hinaus parteilose Persönlichkeiten aus sozialen, politischen und kulturellen Initiativen gewinnen, die sich einem sozialen, demokratischen, antifaschistischen Engagement verpflichtet fühlen. Die PDS will eine Zusammenarbeit mit anderen Linken, die die weltanschauliche, politische und religiöse Unterschiedlichkeit als gemeinsame Bereicherung versteht und auf demokratischer Konsequenz und politi-

scher Verlässlichkeit miteinander beruht. Fachliche, politische und soziale Kompetenz sowie öffentliche Wirksamkeit der Bewerberinnen und Bewerber auf PDS-Listen werden für uns einen prinzipiell höheren Stellenwert als in der Vergangenheit haben. Der Bundesparteitag der PDS fordert die jeweiligen Nominierungsgremien auf, diesen Maßstab durchzusetzen. Anderes dürfen und wollen wir den Wählerinnen und Wählern nicht anbieten. Sie, die PDS und die erforderlichen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft und im Bundestag und den Landtagen brauchen hochkompetente sozialistische Fraktionen. Direkte und indirekte Parteienbündnisse wird die PDS zu den Bundestagswahlen weder auf ihren Landeslisten noch in den Wahlkreisen eingehen.

Die PDS erwartet von allen Abgeordneten, die – unabhängig von der PDS-Mitgliedschaft – auf ihren Listen gewählt werden, dass sie monatlich einen Teil ihrer Diäten für die politische Arbeit der PDS spenden und dass sie ihre Politik bürgernah, transparent und demokratisch gestalten. Wir wollen vor allem unseren politischen Anspruch der gesellschaftlichen und individuellen Solidarität und der Verpflichtung füreinander nicht nur in unseren Papieren verkünden, sondern praktisch leben. Wer Mitglied einer PDS-Fraktion wird, wird es als Individuum, aber Gemeinsames zu wollen, die Partei, die Wählerinnen und Wähler, eine erfolgreiche Politik wichtiger zu nehmen als die eigene Selbstdarstellung, ist unsere unabdingbare Erwartung.

Die PDS wird einen professionellen Wahlkampf führen. Sie wird die Möglichkeiten und Erfordernisse der modernen Medien und des politischen Wettbewerbs nutzen. Sie baut wie in der Vergangenheit darauf, dass die Mitglieder der PDS und die intensive soziale Verankerung der Partei in der ostdeutschen Teilgesellschaft einen Basiswahlkampf ermöglichen, von dem andere Parteien allenfalls zu träumen mögen. Die PDS wird die inhaltliche und politische Entleerung von Wahlkämpfen und politischen Auseinandersetzungen nicht mitmachen. Ihr Wahlkampf wird bunt, jung, aktionsorientiert, aber immer aufklärerisch und politisch sein. Sie wird die Interessen, die Erfahrungen und Wünsche ihrer Wählerinnen und Wähler und den eigenen Anspruch als demokratische sozialistische Partei Deutschlands ernst nehmen. Einen anderen Maßstab wird sie für ihren Wahlkampf nicht zulassen.

Wir wissen allzu genau, wie wenig in Wahlkämpfen entschieden wird. Wir wissen, wie lang unser Weg, wie kompliziert viele Antworten, wie gering noch manche Möglichkeiten sind. Der Schritt 2002 mag gering sein, aber mit Leidenschaft, mit moderner und konkreter Kompetenz und mit fortgesetzt selbstkritischem Lernwillen wollen wir, dass er ein Schritt wird zu einer Politik und Gesellschaft, die

nicht vom Geld diktiert wird, die nicht von der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche bestimmt, die nicht von sozialer Kälte und Ausgrenzung geprägt, die nicht von der Entsolidarisierung der Deutschen von den Nichtdeutschen, der Arbeitsplatzbesitzer von den Arbeitslosen, der Männer von den Frauen, der Jungen von den Alten gekennzeichnet ist.

Wir wollen nicht nur die sozialistische Partei der Bundesrepublik sein, sondern auch von den Menschen als diese erlebt werden. Wir werden in den Wahlkampf 2002 daher konsequent als bundesweite Partei gehen und darum ringen, auch in den westdeutschen Bundesländern die Akzeptanz der PDS zu erhöhen.

Im Osten, woher wir kommen, wo wir eine besondere Verantwortung haben und aktiv wahrnehmen, werden wir nicht als ostdeutsche Regionalpartei, sondern eben als sozialistische Partei und mit gesellschaftspolitischem Anspruch konsequent die ostdeutschen Interessen vertreten. Wir wenden uns gegen die anhaltende und von der Regierungspolitik immer wieder reproduzierte soziale, wirtschaftliche und politische Spaltung Deutschlands. Die vom Grundgesetz geforderte Angleichung der Lebensverhältnisse und die Respektierung ostdeutscher Kultur und Lebensläufe müssen endlich realisiert werden. In diesem Prozess kann in Ostdeutschland eine moderne, nachhaltige und regionalisierte Wirtschaftsentwicklung, die bisher blockierte wirkliche soziale und ökologische Modernisierung der ganzen Bundesrepublik einleiten.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus wendet sich an alle Menschen, die sich mit der gesellschaftlichen Alternativlosigkeit von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP nicht abfinden wollen. Wir wenden uns an alle, die keine wirtschaftliche und soziale Entwicklung wollen, in der jeder sich selbst der Nächste ist. Wir wenden uns an jene, die von der marktliberalen „Modernisierungs“politik der Unternehmerverbände und der Regierung ausgegrenzt werden, sich gemeinsam mit uns und vielen anderen zu wehren. Wir wenden uns an die Gewinner dieser „Modernisierung“, gemeinsam mit uns für gesellschaftliche Solidarität einzutreten. Wir wenden uns an alle, die sich nicht damit abfinden wollen, dass die Gleichstellung der Geschlechter kaum noch politisch thematisiert wird. Wir wenden uns an jene, die die Kinder- und Jugendfeindlichkeit der Gesellschaft und der Politik nicht weiter hinnehmen wollen. Wir wenden uns an alle, die eine aktive Auseinandersetzung mit rassistischer Gewalt und der bedrohlichen Ausbreitung neofaschistischen und ausländerfeindlichen Gedankenguts in der Bundesrepublik Deutschland und ihren gesellschaftlichen Ursachen wollen.

Aus: Presse und Informationsdienst der PDS, Nr. 29, 21.7.2000

23. August, Frankfurt: Zur Hauptversammlung der I.G. Farben AG i.A. erwartet ein Bündnis antifaschistischer Organisationen mehrere hundert Demonstranten und zahlreiche Kritische Aktionäre. Ziel der Proteste ist die sofortige Auflösung des Firmenfossils und die Verwendung seines gesamten Vermögens zur Entschädigung seiner Zwangsarbeiter aus der Nazi-Zeit. Träger des „Bündnisses gegen I.G. Farben“ sind neben anderen das Auschwitz-Komitee, die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, antifaschistische Gruppen zahlreicher Städte und der Dachverband der Kritischen Aktionäre.

23. August, Südwestrundfunk 2: 21.00 Uhr: „Die Verschwundenen von Mercedes Benz“. Im vergangenen August hatte die Autorin Gaby Weber im WDR berichtet, dass in der argentinischen Niederlassung von Mercedes Benz, heute Daimler Chrysler, während der Militärdiktatur praktisch der gesamte Betriebsrat „verschwand“, das heißt: wer unbequem war, galt als Linker, als Subversiver, wurde nachts von den Militärs verschleppt, in geheimen Haftzentren gefoltert und ermordet. Der Republikanische Anwältinnen- und Anwaltsverein hatte aufgrund dieser Recherche Strafanzeige gegen Daimler-Chrysler, die argentinische Niederlassung und den dortigen Werksleiter erstattet. Das Verfahren wurde an die Staatsanwaltschaft Nürnberg weitergegeben. Ein Jahr nach der Veröffentlichung im WDR berichtet der Südwestrundfunk über die neusten Ergebnisse ihrer Untersuchung. Es ist zu hoffen, dass der Staatsanwalt mithört und sich informiert. Das Manuskript der Sendung kann beim Sender bestellt werden!

26. August, Köln: Tagesseminar: *Der Rentendeal - Shareholder Value statt Solidarität?* Anliegen des Seminars, das die AG Alterssicherung des Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte vorbereitet, ist zweierlei: a) Positionsfindung und Bewertung; Diskussion über Positionen zur Rentendebatte, über Auswirkungen der Rentenpläne und des Rentendiskurses auf die Generationen-Solidarität ...; b) praktische Konsequenzen: Ansätze, die wir aufgreifen können, um ein faires Alterssicherungssystem zu schaffen und das solidarische Umlageverfahren zu verteidigen. Programm: 11.15 Einführungsreferat von Andreas Bachmann, HH, Redaktion Express; 12.00 Uhr Diskussion in Kleingruppen; 14.00 Uhr: Ergebnisse der Kleingruppen - Vorstellung im Plenum; 15.00 Uhr: Praktische Konsequenzen; 16.00 Uhr: Diskussion und Verabschiedung eines Thesenpapiers als Grundlage für Flugblätter, Presseartikel etc. Ende 17.00 Uhr: Ort: Antoniterkirche (Rückseite), Antoniterstr. 14-16. Das Seminar ist kostenfrei. Anmeldung bis zum 15. August bei Share, Art.Str. 6, 27283 Verden, Tel. (0 42 31) 9 47-5 91, Fax - 9 57-5 94, E-Mail: sundermann@share-online.de



1. September, bundesweit: Antikriegstag

Ausführliche Informationen bei: www.friedenskooperative.de

1.-3.9. Stockholm: „The Stockholm Conference for Left and Progressive Movements in Europe“, veranstaltet vom „New European Left Forum“ in Zusammenarbeit mit der Schwedischen Linkspartei und dem linken Solidaritätsforum. Anmeldung (bis 11.8.): Vänsterpartiet, Karin Olsson, Box 12660, 11293 Stockholm, Sweden, e-mail: karin.olsson@vansterpartiet.se, Tel. 46-8-6540820, Fax 46-8-6532385; aktuelle Informationen: www.vansterpartiet.se

6.-8. September, New York: Im Rahmen des Millenniums-Gipfel der UNO beraten die Staats- und Regierungschefs in vier nicht-öffentlichen Ausschüssen die Frage der UNO-Reform, insbesondere die „Reform“ des Weltsicherheitsrates, in dem die BRD einen ständigen Sitz beansprucht.

Freitag, 15. bis 17. September, Arnoldshain: Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie „Verpolizeichung der Bundesrepublik Deutschland“ - Polizei und Bürgerrechte in den Städten, Ev. Akademie Arnoldshain/Taunus (<http://www.evangelische-akademie.de>). Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 Köln, Tel.: 0221/9726930, Fax: 0221/9726931. E-Mail: Grundrechtekomitee@t-online.de - Internet: <http://www.friedenskooperative.de/komitee.htm>

15./16. September, Berlin: Konferenz: *Die Frage nach Gott als Frage nach dem Menschen. Christlich-marxistischer, religiös-sozialistischer Dialog - Geschichte und Perspektiven.* Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs e.V. anlässlich des 75. Geburtstages von Milan Machovec. Ansprechpartnerin: Dr. Cornelia Domaschke (030-29781151)

ADRESSAUFKLEBER

16. September, Fulda: *Politische Ökonomie heute, 3. Kurstag.* Beginn 10.30 Uhr DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

16. September, Köln: „Neue Ökonomie“ am Beispiel der Privatisierung öffentlicher Dienste in der EU. Eine Veranstaltung der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) in Zusammenarbeit mit dem Memento e.V. Es spricht: Michel Husson, französischer marxistischer Ökonom. Beginn: 12 Uhr, Ende ca. 19 Uhr. Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Kleines Forum, Melchiorstr. 3

16. September, Berlin: „Eingebürgert - und was dann? Minderheiten in Deutschland.“ Rosa-Luxemburg-Stiftung u.a. mit: Eckhardt Barthel (SPD-MdB), Ulla Jelpke (PDS-MdB), Dr. Norman Weiß (Uni Potsdam), Prof. Norman Paech (HWP Hamburg), VertreterInnen des SSW (angefragt), kurdischer, türkischer und anderer Verbände. Ansprechpartner: Dr. Florian Weis (030-2978 1164)

22. bis 23. September, Berlin: Konferenz „Halb - Zeit!“ - Zwei Jahre Rot-Grün - Politik braucht Einmischung!, Fr. 19 Uhr: Podiumsdiskussion „Zwei Jahre Rot-Grün, - Was hat es gebracht?“, TU Berlin, Str. des 17. Juni 135; Trägerkreis: Aufstehen für eine andere Politik (Erfurter Erklärung); Basis Grün; BBU; BUND; DGB Bezirk Berlin/Brandenburg; DPG-Postjugend; GAJB Grünes Alternatives Jugendbündnis; IG Medien-Jugend; IG Metall Bezirksleitung Berlin; IG Metall-Jugend; IPPNW; JungsozialistInnen in der SPD; Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen; Kuratorium Ostdeutscher Verbände; NaturwissenschaftlerInnen Initiative; Solid - Die sozialistische Jugend; WEED; ->Programm <http://www.natwiss.de/berlin.htm>
Kontakt: IG Metall-Jugend, Jan Engelhardt, Lyoner Str. 32, 60528 Frankfurt, Tel.: 069/6693-2269, Fax: 069/66932020. E-Mail: jugend@igmetall.de
Internet: <http://www.igmetall.de/jugend/index.htm>

30. September, Berlin: Wissenschaftliches Kolloquium „Zur Kriegsfrage in der Geschichte der Sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan 1999 und die alternative Sicht“. Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. Beginn: 10.00 Uhr, Ende: 16.15 Uhr, Klub am See, Wriezener Str., 15344 Strausberg, Ansprechpartnerin: Dr. Cornelia Domaschke, Tel.: 030/29781151; Fax: 030/29784222

6.-8. Oktober, Berlin: Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen zum Thema *WTO und soziale Bewegung im globalen Kapitalismus*. Eröffnung Freitagabend. Am Samstag sind Arbeitsgruppen vorgesehen, u.a. zu: Erfahrungen der Anti-WTO-Bewegung, Gender und Globalisierung, Internationalisierung gewerkschaftlicher Kämpfe, Subsistenz, Migration und Rassismus, städtische Politik und Widerstand, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen, Gewalt im globalen Kapitalismus, Kritik der Arbeit - Ende der Lohnarbeitsgesellschaft, kritische Solidarität, Global Governance und internationale Regulierung, Virtueller Widerstand - Strukturwandel internationaler Öffentlichkeit. Weitere Infos: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. (040) 39 31 56, Fax 3 90 75 20, e-Mail: BUKOH@t-online.de www.epo.de/buko/index.htm

14./15. Oktober, Cottbus: 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung. (Die Delegiertenwahlen für den 7. Parteitag der PDS beginnen mit der Einberufung der 1. Tagung und sind bis zum 17. September 2000 abzuschließen. Der Antragsschluss für die 1. Tagung des 7. Parteitages ist am Freitag, den 1. September 2000, 17.00 Uhr. Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens bis Freitag, den 18. August 2000, zu publizieren.

Vorläufige Tagesordnungspunkte u.a.: Generaldebatte zur Rede des Vorsitzenden der PDS und zu den Leitanträgen des Parteivorstandes: „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zur sozialen Gerechtigkeit“ und: „Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002“; Beschlussfassung. Wahlen Parteivorstand.

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel